

Inhaltsverzeichnis



3 Editorial

Mehr Licht-- aber keine Verblendung

4 amnesty international

Torture Free Zone - für eine Welt ohne Folter

6 Integrationsnetz Zug

Die Messlatte neu gesetzt



8 Parteijubiläum

15 Jahre erfolgreiche Fahrt auf Gleis 3

10 Elektromog

Ausgestrahlt?

11 Interview

Die Migros hats

12 Kantonsrat

Salamitaktische Ausweitung der Ladenöffnungszeiten

14 Grosser Gemeinderat Zug

Viele, viele (private) Parkplätze



15 Halbtageschule

Wie weiter mit der Halbtageschule?



16 Abstimmungen

Nato-Sonderbund oder UNO-Bund?

20 27. September

Braucht der Kanton Zug eine Ombudsstelle?

22 27. September

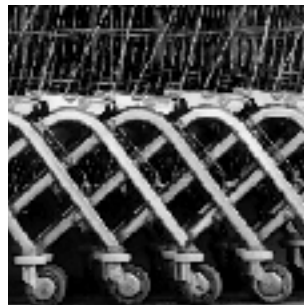
Waffe und Würde

23 27. September

Druck erzeugt Gegendruck

24 27. September

Regierungsgebäude als Friedensstätte – eine Vision



25 Serviceteil

Buch
Frontal
Veranstaltungen
Intern
Impressum

Mehr Licht – aber keine Verblendung

Frohe Weihnachten?! Viele, vor allem auch in Zug, mögen sich fragen, ob der Wunsch angebracht ist, vor allem auch in diesem Jahr. Da ist es ein kleiner Trost, dass auch die US - AmerikanerInnen sich das Gleiche fragen dürften, die PalästinenserInnen fragen schon seit Jahren nicht mehr danach, und den Israelis ist wahrscheinlich auch nicht nach dem Lichterfest Chanukkah zu Mute.

Der tragische 27. September in Zug beschäftigt auch das Bulletin. Wir hoffen, die vier Artikel von Marianne Stutz, Yvonne Furler, Anita Stadler und Josef Lang leisten einen Beitrag zu einem möglichen politischen Umgang mit dem Leid und seinen Ursachen.

Trotz oder gerade wegen diesem emotionalen Zwiespalt: Die Leute gaben sich einem regelrechten vorweihnachtlichen Konsumrausch hin (am 8. Dezember verzeichnete der Zürcher Detailhandel gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich zehn Prozent mehr Umsätze). Klar, dass die mündigen KonsumentInnen in dieser Stimmung auch einer konsum - und verkehrssteigernden Bebauungsplanänderung zustimmen, oder? Warum der grünlinke Widerstand in Steinhausen nicht den Hauch einer Chance hatte, erläutert Markus Burger.

Ins erweiterte Zugerland gehts natürlich mit dem Auto, dafür gibts ja auch die vielen neuen und nach wie vor kostenlosen Parkplätze. Mehr Parkplätze solls auch in der Stadt Zug geben, befand die GGR - Mehrheit. Und liess sich auch von Martin Stubers markt-



wirtschaftlichem Credo nicht erweichen – ja, ja, glauben Sie's nur oder lesen Sie's nach!

Zur Abrundung des konsumativen Wohlgefühls brauchts nur noch verlängerte Ladenöffnungszeiten, beschloss der Kantonsrat und verwässerte das einst dank des grünlinken Referendums nicht gänzlich deregulierte Ladeneöffnungs-gesetz. Ruth Wyss ärgert sich und wirft einen dankbaren Blick ins Urnerland.

Doch es geschah auch Erfreuliches im Jahr 2001: So konnte das Rotkreuzer Gleis 3 auf sein fünfzehnjähriges Jubiläum anstossen – Claudine Anderhub und Doris Thalman ziehen Bilanz. Trotz seinem ungleich zarteren Alter hat das Integrationsnetz Zug mit seiner Ausstellungswoche eine reife Leistung gezeigt, und das nicht nur, weil ichs ein paar Seiten weiter hinten behauptete. Kaum beachtet wurde im Tal ein alternativer Abstimmungser-

folg auf dem Berg, der dafür hier vom Präsidenten des Forum Oberägeri, Andreas Kuhn, rekapituliert wird. In Zug sollten neue Schulmodelle trotz Ablehnung der Halbtageschule ein Thema bleiben, wie Patrick Cotti in seinem Beitrag ausführt.

Was tun die Amnesty- International- AktivistInnen eigentlich, wenn sie nicht gerade am Menschenrechtstag Kerzen verkaufen? Miranda Jäggi öffnet uns einen Türspalt der AI - Schreibstube. Dank Ula Schiessers Lesetipps wird auch der Bücherstapel neben Ihrem Bett sicher nicht kleiner. Dafür müssen Sie diese Weihnachten ohne Bulletin - Filmtipps ins Kino.

Wieso auch: CNN sendet ja die actionreichsten Inszenierungen ins traute Heim. Was für eine Dramaturgie auch, dass in diesem Sender und damit in der Realität (willkommen in der Postmoderne!) die Jagd nach dem personifizierten Antichristen O. B. Laden auf Weihnachten hin ihrer Auflösung entgegen geht.

Nun denn: Schöne Weihnachten, Inshallah and happy Chanukkah für die Gläubigen. Und erst recht für alle Ungläubigen auf dieser Welt. Denn eine skeptische Haltung bewahrte stets vor Verblendung, gerade weil sie gezielt Licht in die Verhältnisse bringt. ■

Gisela Hürlimann

Torture Free Zone – für eine Welt ohne Folter

Amnesty International (ai) ist eine weltweite Bewegung, die für die Förderung und Verteidigung der fundamentalen Menschenrechte arbeitet. Ihre Aktionen zielen seit 40 Jahren auf schnellste und wirksame Hilfe für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Zur Zeit führt ai eine Kampagne zur Abschaffung der Folter durch. Auch die ai Gruppe Zug beteiligte sich beim Start der Kampagne mit einer Aktion am 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte. Im folgenden Artikel stellt die Gruppenleiterin Miranda Jäggi ihre Arbeit kurz vor.

Von Miranda Jäggi

Gemäss Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte darf niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Dies dient uns als Grundlage für unsere Arbeit. Da man unsere Arbeit am Schreibtisch häufig nicht sieht, sind wir besonders froh, wenn man unsere Aktivitäten in der Öffentlichkeit wahrnimmt. Die eingangs erwähnte Veranstaltung im Dezember 2000 in der Rathaus Schüür Baar präsentierte unsere Arbeit. Begleitet wurde das Ganze von einer Bilderausstellung von bekannten Zuger KünstlerInnen. Der Anlass wurde mit einer Ansprache der damaligen Regierungsrätin Monika Hutter und dem Konzert von Orna Ralston würdig abgerundet. Weiter hatten wir im Frühling die Gelegenheit, an der DMS in Zug in mehreren Schulklassen die Kampagne zur Abschaffung der Folter sowie unser Engagement zur Abschaffung der Todesstrafe vorzustellen. Der mitgebrachte Film über die aktuellen Missstände

rund um den Globus, Europa eingeschlossen, liess die Jugendlichen verstummen. Wir beteiligen uns auch aktiv im OK Zuger Flüchtlingstage und helfen mit, das Fest am Nationalen Flüchtlingstag vielseitig zu gestalten.

Folter in der Türkei

Seit längerer Zeit arbeiten wir speziell zu Aktionen, welche die Türkei betreffen. Eine Sensation war es, als die türkische Abgeordnete Sema Piskinsüt im vergangenen Jahr mit allerhand Foltergerät im Parlament erschien. Einen Bügel zum Aufhängen von Gefangenen an den Armen sowie einen Stock zur Verabreichung von Schlägen auf die Fußsohlen hatte die damalige Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses von der Inspektion einer Polizeiwache mitgebracht und vorsichtshalber in ihrem Abgeordnetenbüro eingeschlossen, weil sie der Staatsanwaltschaft nicht über den Weg traute. Sehr zu Recht, wie sich inzwischen herausgestellt hat: Die couragierte Politikerin, die den ersten amtlichen Folterbericht der Türkei vorlegte, wurde seither nicht nur ihres Amtes entkleidet, sie soll nun auch vor Gericht gestellt werden. Straffrei bleiben dagegen die Folterer, deren Untaten sie dokumentierte, die aber trotz Reformankündigungen weiter an der Tagesordnung sind.

Briefe gegen das Vergessen

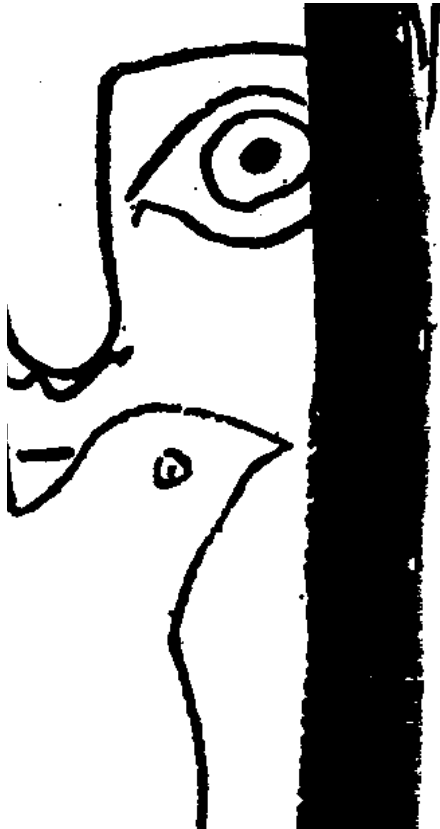
Ein Brief hilft, dass Menschenrechtsverletzungen und ihre Opfer nicht totgeschwiegen werden können. Deshalb bedeutet eine aktive Unterstützung von amnesty viele Briefe zu schreiben und ganz selten eine Antwort zu erhalten. Nichts desto trotz ist eines der wichtigsten Mittel zur Einhaltung der Menschenrechte das Schreiben von Briefen an Regierungen, NGOs etc. Wir schreiben Briefe für die bedingungslose Frei-



lassung von Menschenrechtsaktivistinnen und Aktivisten, gegen die Anwendung von Folter (die in türkischen Gefängnissen z.B. allgegenwärtig ist), für die Verfolgung und Verurteilung von Tätern, die ihre Macht missbrauchen, um die Menschenwürde von Kindern, Frauen und Männern unheilbar zu zerstören. amnesty kann immer wieder über Erfolge wie Verbesserung der Haftbedingungen, Haftentlassung etc. berichten. Die beste Waffe, um der Folter ihre Zukunft zu nehmen, ist die Öffentlichkeit. Genau diese erzeugt amnesty mit ihren Aktionen und Berichten.

Schreiben auch Sie Briefe

Möchten auch Sie etwas tun? Im vorliegenden Fall geht es um Gülistan Durç, deren Folterer ungestraft bleiben. Güli-



stan Durç wurde in den vergangenen fünf Jahren in der Türkei mehrmals festgenommen und in der Haft gefoltert. Obwohl sie erst 21 Jahre alt ist, wurde bei ihr bereits eine posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert. Keiner ihrer Folterer wurde vor Gericht gestellt. Der vorliegende Aufruf ist im Originalton wiedergegeben. Bitte halten Sie sich an die unten angeführte empfohlene Aktion, um die junge Frau nicht weiteren Gefahren auszusetzen.

GÜLISTAN DURÇ ist Vorsitzende der Frauenkommission der legalen pro-kurdischen Partei HADEP. Nach ihrer ersten Festnahme im März 1996, sie war zu diesem Zeitpunkt erst 17 Jahre alt, wurde sie sieben Tage in der Anti-Terror-Abteilung des Polizeihauptquartiers in Mardin inhaftiert. Weitere Fest-

nahmen dauerten zwischen zwei und fünf Tagen. Sie gibt an, dass sie während der Verhöre in der Polizeihaft in der Anti-Terror-Abteilung verschiedenen Formen der Folter unterworfen wurde. Sie wurde ihren Angaben zufolge nackt ausgezogen, und ihr wurden die Augen verbunden, sie wurde schwer geschlagen, mit kaltem, unter Druck stehendem Wasser abgespritzt, an den Armen aufgehängt, mit dem Tod bedroht, mit Zigaretten und glühenden Drähten verbrannt und am Schlafen gehindert. Im April 1999 erstattete sie Anzeige, zog diese jedoch wieder zurück, als sie zwei Tage später in ihrer Wohnung von Zivilpolizisten verhaftet wurde, die sie bedroht haben sollen. Im Dezember 1999 wurde sie wieder von Polizeibeamten verhaftet, die dabei soviel Gewalt anwendeten, dass sie ihr den Arm brachen. Trotz der Einschüchterungen hat Gülistan Durç erneut Anzeige wegen Folter und Misshandlung gestellt.

Der Gouverneur der Provinz, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte lehnten jedoch die Eröffnung eines Verfahrens wegen mangelnder Beweise ab, obwohl unabhängige Arztzeugnisse vorliegen.

Artikel 4 und 5 der UNO-Konvention gegen Folter verpflichten Vertragsstaaten, alle Folterhandlungen als Straftaten zu behandeln. Artikel 13 verlangt, dass Beschwerdeführer und Zeugen vor jeder Misshandlung oder Einschüchterung geschützt werden müssen.

Infos über amnesty international Zug

Wenn Sie sich für weitere Infos über amnesty interessieren, schreiben Sie an folgende Adresse:

amnesty international, Gruppe Zug
Postfach 819
6300 Zug
info@amnesty-zug.ch
www.amnesty.ch

Empfohlene Aktion

Bitte senden Sie Briefpost in Englisch, Deutsch oder Ihrer eigenen Landessprache:

Fordern Sie die türkische Regierung auf, Folter in jedem Fall zu verurteilen. Die Polizei, das Militär und die Sicherheitskräfte müssen instruiert werden, dass Folter unter keinen Umständen geduldet wird;

- die Incommunicadohaft abzuschaffen und eindeutige Richtlinien einzuführen um sicherzustellen, dass alle Festgenommenen unverzüglich Zugang zu einem Rechtsbeistand haben;
- sicherzustellen, dass Beschwerden und Berichte über Folter oder Misshandlung, «Verschwindenlassen» und aussergerichtliche Hinrichtungen unverzüglich und gründlich untersucht werden. Die Methoden solcher Untersuchungen sollten professionellen Ansprüchen genügen und die Ergebnisse sollten veröffentlicht werden. ■

Bitte senden Sie die Briefe an :

Minister of the Interior:
Mr Rüstü Kazım Yücelen
Ministry of Interior
İçişleri Bakanlığı
06644 Ankara, Turkey

Fax: 90 312 418 17 95
Salutation: Sehr geehrter Herr Minister
Dear Minister

Kopie an: Ambassade de Turquie
Lombachweg 33
3006 Bern

Fax: 031 352 88 19

Die Messlatte neu gesetzt

Mit der Veranstaltungswoche «integration heisst..kultur!» sollten inhaltlich wie formal Massstäbe für künftige Beiträge zum Thema gesetzt werden.

**Von Gisela Hürlimann, Präsidentin Integrationsnetz Zug
Bilder Integrationsnetz Zug**

Kritik von aussen gabs wenig – sie wäre willkommen gewesen. Intern haben wir eine Evaluation durchgeführt, die ein paar «Managementfehler» zum Vorschein brachte. Die Bilanz fällt jedoch positiv aus: Wir haben es geschafft, eine ästhetisch konsequente Ausstellung mit einem vielschichtigen Inhalt auf die Beine zu stellen und mit einem hochkarätigen Abendprogramm ohne nennenswerte Pannen durchzuführen. Die beiden Zugerischen Zeitungen haben die Bedeutung dieser Anlassreihe denn auch kapiert und in praktisch jeder Ausgabe darüber berichtet. Ohne die Attentate in den USA hätte auch eine begrenzte Berichterstattung auf nationaler Ebene stattgefunden. Ohne den 27. September hätte das eine oder andere Diskussionspodium vielleicht noch zu Leserbriefen veranlasst. So bleibt der Burgbachsaal nun auch in zwiespältiger Erinnerung als Ort, wo Peter Bossard vielleicht seinen letzten öffentlichen Auftritt hatte.

Viel erlebt

Die zirca tausend BesucherInnen, die trotz dem 11. September kamen, erlebten viel: etwa jene Schulklassen, die sich am Unterrichtsexperiment beteiligten und nun nachfühlen können, wie es fremdsprachigen SchülerInnen ergeht. Oder die MigrantInnen, die sich in der Diskussion zu Diskriminierung in der Arbeitswelt als ebenbürtige Gesprächspartner der Behördevertreter erwiesen. Die von

einem jugendlichen Filmteam produzierten Videointerviews zogen nicht nur Jugendliche in ihren Bann. Führen Einbürgerungserleichterungen nicht auch zur Verdrängung alternativer politischer Mitsprachemodelle? Verschärft die überproportionale Zuweisung von Ausländerkindern in Kleinklassen nicht die Probleme, die damit angeblich gelöst werden sollen? Keiner der Diskussionsabende mit auswärtigen Fachleuten und einheimischen PolitikerInnen verlief auf ausgetretenen Pfaden. Auch Befürchtungen – Hoffnungen? -, das Integrationsnetz werde durch diesen Monsteranlass überstrapaziert, bewahrheiteten sich nicht. Im Gegenteil wurden die Projektmitarbeitenden, die von ihrem ethnisch-soziokulturellen Hintergrund wie von ihren politischen Neigungen her erfreulich heterogen sind, durch die Erfahrung dieses gemeinsamen Kraftaktes regelrecht zusammengeschweisst.

Unabhängigkeit als Devise

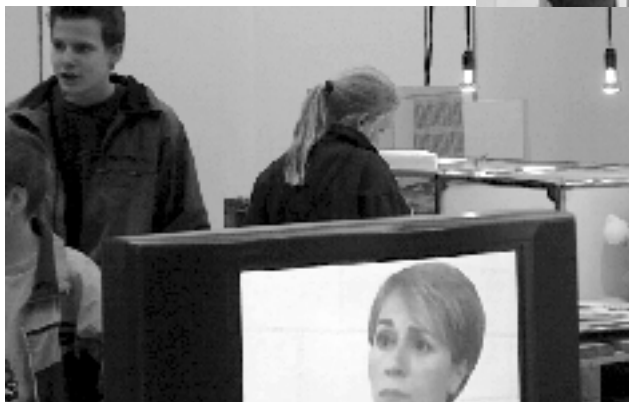
Von behördlich-institutioneller Seite bringt man uns seither eine Mischung aus Anerkennung und forderndem Misstrauen entgegen: Man ist froh, einen vermeintlichen Ansprechpartner gefunden zu haben. Und stellt den Anspruch, wir hätten zu funktionieren wie eine bezahlte Institution, indem man uns alle möglichen Vermittleraufgaben zuschanzt. Wir repräsentieren jedoch keineswegs die AusländerInnen im Kanton Zug, sondern versuchen, einige von ihnen dazu zu gewinnen, sich zu organisieren und politische Forderungen zu stellen. Die Institutionen müssen sich

schon selber die «interkulturelle» Mühe machen, mit Migrantinnen und Migranten ins Gespräch zu kommen. Besonders dann, wenn sie mit ihnen Projekte durchführen wollen. Dazu ein kritischer Einwurf: Das Thema Integration lässt sich nicht einfach mit der aktuellen Schwemme an Multiplikatorenkursen abhaken, die nicht zuletzt auch Legitimations- und Beschäftigungscharakter haben. Wenn man diese Kurse anbietet – und es gibt gute Gründe dafür -, dann sind in jedem Fall Seriosität, die Überprüfbarkeit von Ausgaben und Ergebnissen sowie finanzielle Gerechtigkeit gefragt: Die auszubildenden MultiplikatorInnen sollen effektiv etwas leisten müssen, sich aber auch durch engagierte Beratung und eine anständige Entschädigung honoriert sehen. Natürlich danken wir den Institutionen auch für ihre Beiträge in der Projektwoche und dafür, dass sie an unserer Sicht der Dinge interessiert sind. In den Kommissionen für Integration und für Gesundheitsförderung liefern wir nämlich gerne konstruktive Beiträge, lassen uns deswegen aber noch lange nicht das Maul verbieten. ■

Beim Integrationsnetz kann eine Pressedokumentation zur Projektwoche angefordert werden. Weitere Ausstellungsfotos gibts auf www.integrationsnetz.org



Berüh abbau kenne verste





**Zusammen die Zukunft bauen.
Eine Woche Begegnungen, Erfahrungen
und Wissen zu den Themen Migration und
Integration.**



unen.

**Plötzlich ist das Fremde gar
nicht mehr so fremd, und
anstelle des Misstrauens
tritt der Respekt.**



**Die Botschaft der
Kantonsregierung
an die Kinder.**



**Spannendes
Schulexperiment
in Tamilisch**



15 Jahre erfolgreiche Fahrt auf Gleis 3

Vor 15 Jahren bildete sich Gleis 3 neben CVP und FDP als dritte Partei in der Gemeinde Risch. Die Mitglieder verstehen sich als Arbeitsgruppe und politisieren offen, ehrlich und verlässlich.

**Von Claudine Anderhub-Reifler,
Vorstand Gleis 3
und Doris Thalmann-Locher
Bilder Gleis 3**

Was Ende 1985 mit dem Gedanken begann, Politik ausserhalb des bürgerlichen Bereiches zu betreiben, hat in kurzer Zeit zur politischen Arbeitsgruppe Risch Gleis 3 geführt. Die kleine Gruppierung ist keiner grossen «Mutterpartei» verpflichtet. So hat sie die Möglichkeit, sich vermehrt lokalen Themen zu widmen.

Gleis 3 spürt, was in Gesellschaft und Familien aktuell ist und kann darauf reagieren. Dies ist sicher eines der Erfolgsrezepte der Gruppierung, Engagement und Hartnäckigkeit ein anderes.

Unmittelbarer Wahlerfolg

Schon bei der ersten Wahlteilnahme der Gleiser 1986 wurde Thomas Kumpere, 21-jährig, als jüngstes Mitglied des Gemeinderates gewählt. Von da an konnte Gleis 3 mit Daniel Zülle und Ulrich Amsler ununterbrochen einen Sitz im Gemeinderat halten. Der Erfolg im Kantonsrat wurde vier Jahre später mit der Wahl von Urs Hausherr und später mit Anne Ithen erreicht. Nach zehn Jahren Co-Präsidium von Christine Hausherr-Lustenberger und Joseph Bürgler wurde 1996 Hanni Schriber-Neiger einstimmig zur Präsidentin von Gleis 3 gewählt.

Das schreckliche Attentat vom 27. September 2001 betrifft auch unsere Gemeinde Risch, und es fällt vielen Gleise-



Forderungen nach Tempolimiten und sicheren Schulwegen werden von Gleis 3 unterstützt.

rInnen schwer, den politischen Alltag mit Elan anzupacken. Wir beklagen den Tod von Willi Wismer (CVP). Michel Ebinger (FDP) und Anne Ithen (Gleis 3) sind noch immer schwer verletzt. Die Gedanken weilen oft bei ihnen. Doch jede Nachricht über eine Besserung gibt Hoffnung.

In den vergangenen 15 Jahren hat sich Gleis 3 für so vieles eingesetzt, dass hier nur eine kleine Auswahl aufgeführt werden kann.

Familie

1987 veröffentlicht Thomas Kumpere eine Studie zur Situation der Rischer Jugend. Dannzumal wird die Anstellung eines Jugendarbeiters abgelehnt. 1990 kann der Jugend-Treff eröffnet werden.

Was 1994 durch eine Interpellation von Gleis 3 für familienergänzende Massnahmen beginnt, führt 1999 zur Eröffnung des Chinderhuus in der Lang-

matt mit Kinderkrippe, -hort und Mittagstisch.

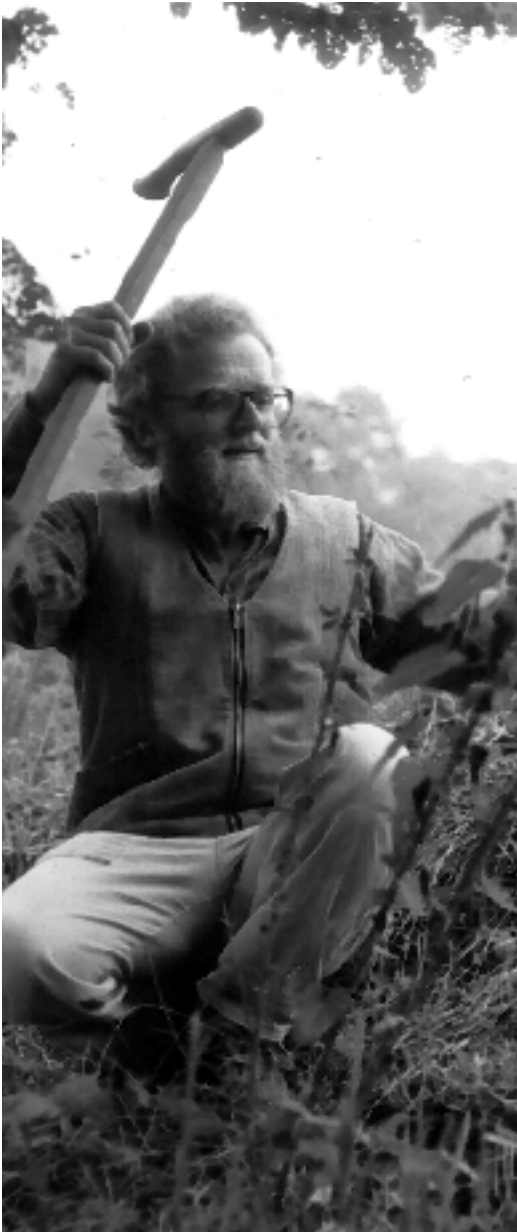
Integration

Unter Mitwirkung von GleiserInnen organisiert die ELG Risch (Eltern-LehrerInnen-Gruppe) seit Anfang 1999 Deutschkurse mit Sozialinformationen für fremdsprachige Frauen mit Kindern im Vorschul- oder Schulalter. Dieses Engagement erhielt am Lernfestival 1999 den nationalen Sonderpreis «Ethik und Werte».

Verkehr

Anfang 1986, in der Gründungszeit, reicht Gleis 3 eine Motion für einen Radweg Rotkreuz-Buonas ein. Dieses Thema wird beharrlich verfolgt. Die Fertigstellung des Radweges im Herbst 2000 ist sicher nicht zuletzt der Hartnäckigkeit von Gleis-3-Kantonsrätin Anne

Partei-Jubiläum



Hecken pflanzen und hegen – Gleis 3 setzt sich nicht nur auf dem Papier für die Umwelt ein.

Radwegende 1997 – heute führt der Radweg bis Buonas. >



Gleis 3 setzt sich mit vielen Aktionen für die Meinungsbildung in der Bevölkerung ein.

Ithen zu verdanken.

Umwelt

1987 regt Gleis 3 zur Bildung einer Umweltkommission an. Unter Mitarbeit von GleiserInnen führt 1988 ein neues Kehrrechtreglement dazu, dass Risch die erste Gemeinde im Kanton Zug mit Sackgebühr wird.

1994 leistet die Umweltkommission unter Leitung von Daniel Zülle gute Arbeit, als sie ohne Beratung von aussen in eigener Regie einen Umweltbericht für die Gemeinde erstellt.

Gleis 3 war bei verschiedenen Vor-

stössen der Zeit voraus. Es gäbe noch viel zu berichten, unter anderem über den Bus Nr. 16 nach Küssnacht, den Naturschutz beim Golfpark oder über die Schulhausplanung.

Das Engagement von Gleis 3 ist für die Gemeinde Risch und den Kanton Zug auch in Zukunft wichtig. Die Mitglieder von Gleis 3 zählen darauf, dass sich die gute Basisarbeit in den Kommissionen bei den nächsten Wahlen auswirkt. ■



Ausgestrahlt?

Ein rarer Lichtblick am rabenschwarzen Abstimmungssonntag vom 2. Dezember war die deutliche Annahme der «Mobilfunkmotion» des Forums Oberägeri. Das BULLETIN hat mit Andreas Kuhn, dem Präsidenten des Forums gesprochen.

Die Fragen stellte Martin Stuber
Bild Martin Stuber



BULLETIN: Ihr habt die Abstimmung im Verhältnis 2 : 1 deutlich gewonnen (889 Ja gegen 462 Nein). Überrascht?

Andreas Kuhn: Nachdem der Gemeinderat die abgeänderte Motion gutgeheissen hat, hofften wir auf ein gutes Resultat. Der Gemeinderat soll in Zukunft alle rechtlichen Möglichkeiten gegen Strahlenbelastungen ausschöpfen sowie Sendeanlagen registrieren und auf die Einhaltung der Grenzwerte kontrollieren.

BULLETIN: Kannst du den Werdegang von der ersten zur zweiten Motion kurz schildern?

Andreas Kuhn: Unser Kampf gegen Mobilfunkantennen begann mit einem Baugesuch auf dem Seeplatz Oberägeri. Das war etwas frech oder eben taktisch unklug von den Betreibern. Wir konnten die Empörung der Bevölkerung nutzen und eine Welle in Bewegung halten. Die Welle war so gross, dass die Korporation aus dem Vorvertrag ausstieg. Zusammen mit der SP Unterägeri beschlossen wir, mit einer Motion die Gemeinderäte zu verpflichten, dass sie keine Baugesuche mehr bewilligen dürfen. Wir vom Forum wollten an die Grenze gehen, die SP blieb beim juristisch Gesicherten. Ihre Motion wurde an einer Gemeindeversammlung hoch angenommen.

BULLETIN: Was heisst «an die Grenze gehen»?

Andreas Kuhn: Wir wollten uns nicht zufrieden geben mit der heutigen Auslegung der Gesetze und Verordnungen, die viel mehr die Betreiberfirmen als die Anwohner schützt. Dieses Anliegen zogen wir durch Regierungsrat und Verwaltungsgericht. Nun sind wir, allerdings eineinhalb Jahre später, fast gleich weit wie Unterägeri. Der Unterschied ist der, dass der Gemeinderat Oberägeri verpflichtet ist, die Anlagen regelmässig unangemeldet messen zu lassen. Ein anderer Unterschied ist, dass Unterägeri seither schon drei Baugesuche laufen hat.

BULLETIN: Wird das deutliche Resultat nun dazu führen, dass auf absehbare Zeit keine neuen Antennen im Ägerital gebaut werden?

Andreas Kuhn: In Unterägeri hat der Gemeinderat versucht, die Baugesuche abzulehnen. Er wurde aber vom Regierungsrat zurückgepfiffen. Das einzige wirksame Mittel gegen Antennen ist, dass niemand sein Haus oder Grundstück zur Verfügung stellt. Im Ägerital haben wir einerseits einen grossen Teil der Bevölkerung, der keine weiteren Mobilfunkantennen will. Andererseits schützt die Gesetzgebung die Betreiber in fast jeder Hinsicht.

BULLETIN: In den Zeitungen war von eu-

rer gemeindlichen Abstimmung praktisch nichts zu lesen. Wie habt ihr die Kampagne geführt?

Andreas Kuhn: Wir führten keine Kampagne mehr. Man kann ein Thema auch überstrapazieren.

BULLETIN: Welche Rolle spielt die Verankerung des IVES im Aegerital?

Andreas Kuhn: Der Info Verein Elektrosmog (IVES) ist weltweit vernetzt mit vielen Informationsquellen. Er arbeitet lokal an der Bekämpfung der Baugesuche in Unterägeri und national an den Vorstössen, die die Gesetzgebung ändern wollen. Wir tauschen Informationen. Anton Styger, der Präsident, arbeitet seit 30 Jahren als Baubiologe und Architekt. Er führt Messungen durch, entstört Gebäude und berät viele Betroffene.

BULLETIN: Während im Tal unten von der SP in Sachen Mobilfunk wenig zu hören ist, macht die SP Unterägeri in dieser Frage mehr Dampf. Wie arbeitet ihr zusammen?

Andreas Kuhn: Zusammenarbeit bringt viele Früchte, aber ist immer zeitaufwändig. Daran leidet unsere Zusammenarbeit bedauerlicherweise auch.

BULLETIN: Zum Schluss: Benutzt du selber ein Handy?

Andreas Kuhn: Nein. Ich komme ohne aus; wenigstens von meiner Seite her. Es gibt Leute, die haben nur ein Handy oder lassen die Anrufe weiterleiten. So bin ich leider doch manchmal Mitbenutzer.

BULLETIN: Andreas, wir danken dir für das Gespräch. ■

Inzwischen sind die Standorte der Mobilfunkantennen auch auf dem Internet abrufbar unter:

http://www.bakom.ch/de/funk/freq_nutzung/standorte/index.html (leider ist die Karte nicht vollständig, z.B. in der Stadt Zug).

Die MIGROS hats

Zum trüben Abstimmungssonntag vom 2. Dezember passte die deutliche Zustimmung der Steinhauser StimmbürgerInnen zur Änderung des Bebauungsplanes «Einkaufszentrum Zugerland Hinterberg». Die Frische Brise hat sich stark engagiert in dieser Abstimmung. Das BULLETIN hat mit Markus Burger, Mitglied des Ressorts Lebensraum der Frischen Brise gesprochen.

Die Fragen stellte Martin Stuber
Illustration Neue Zuger Zeitung

BULLETIN: 30.3% Neinstimmen (2061 Ja gegen 896 Nein) – das Resultat ist deutlich. Enttäuscht?

Markus Burger: Ja, schon. Es ist beängstigend, wie gleichgültig und stark verarmlosend gegenüber dem Abbau der Wohn- und Lebensqualität reagiert wird und wie viel etwas mehr «Bequemlichkeit» für die Einkaufstouristen zählt. Der Migros werden regelrechte «Versorgungsaufträge» für den Kanton Zug zugeschrieben, während es in Wirklichkeit nur um Verdrängungsmarkt und Gewinnoptimierung geht.

BULLETIN: Woran lag es? Spielt z.B. die Angst vor Arbeitsplatzverlust indirekt eine Rolle (Esec!)?

Markus Burger: Migros und Arbeitsplätze? Wie soll das gehen? Die Migros hat in unseren Kreisen doch viel eher den Ruf als Job- und Shopkiller. Was sind die genannten 100 Arbeitsplätze (wohl meist Teilzeit) im Verhältnis zur 100 Mio - Investition?

Diese 100 Mio wollen verzinst und auch schnellstmöglich wieder abgeschrieben sein, während gleichzeitig noch Gewinne erwirtschaftet werden müssen! Mit dieser Investition, diesem Ausbau und diesen wenigen neuen Stellen

müssen folglich riesige zusätzliche Umsätze erzielt werden – ist doch wohl logisch, dass dies im fast reinen Verdrängungsmarkt auf Kosten von Arbeitsplätzen anderer geht! Werden es schlussendlich 1000 Arbeitsplätze sein, die da künftig schleichend abgebaut werden? Wir werden es wohl nie wissen.

BULLETIN: Ihr musstet die Abstimmungskampagne alleine führen. Von der SP hat man gar nichts gehört, nicht mal eine Parole.

Markus Burger: Von der SP konnte man nichts hören, da sie gar keine Stellung bezog!

BULLETIN: Der VCS hat nun Beschwerde eingelegt. Was denkst Du dazu?

Markus Burger: Der VCS versucht nun, die Standards, wie sie bei solchen überregionalen Riesenzentren üblich und durch Bundesgerichtsentscheide abgestützt sind, auch hier durchzusetzen. Ich hoffe, mit Erfolg.

BULLETIN: Die MIGROS hat ja mit allerlei Tricks gearbeitet. Kannst Du einige Beispiele nennen?

Markus Burger: Für mich der grösste Trick war, wie es der Migros gelang, Gemeindepräsident Urs Marti als Lobbyisten einzusetzen.

Im weiteren sind folgende «Zufälle» sonderbar:

- vier Jahre Modal Split-Versuch; Einkaufstouristen werden mit ‚Gratisparkplätzen‘ von anderen Zentren abgeworben, während die heimische Bevölkerung freiwillig den ÖV wählen soll.
- Projektausschreibung während den Sommerferien
- Anlässlich der Info-Veranstaltung im Schulhaus Feldheim war nur die Pro-Seite (Urs Marti) vertreten. Für diese Info-Veranstaltung fehlten in Veranstaltungskalendern entscheidende Hinweise. Eine Einladung kam erst mit der Abstimmungspost, so dass viele von der Veran-



Kunden des Einkaufszentrums Zugerland in Steinhausen 1999

KundInnen, die 1999 mindestens 1-mal das EKZ besuchten: 156 000.

Zuger Kunden: 61 000

Kunden aus Innerschweizer Kantonen: 95 000.

staltung erst nachträglich erfuhren.

- Den Informationen des Gemeinderates fehlte es vollständig an kritischen Punkten, an Facts bezüglich Verkehr, Lärm, Gestank - es war reine «Schönmalerei».
- Auch die Einsprache der Frischen Brise wurde oberflächlich beantwortet, vielfach mit «der Gemeinderat glaubt...» anstelle von Begründungen oder Tatsachen zur Entscheidungsfindung. (Es interessiert nicht, was der Gemeinderat glaubt, sondern wie er zu diesem Schluss kommt!)

BULLETIN: Zuguterletzt: Kaufst Du noch in der MIGROS ein?

Markus Burger: Lebensmittel habe ich noch nie im Zugerland eingekauft! Das kann ich im Dorf viel besser tun. Brauche ich irgendwelche Bastelwerkzeuge, so habe ich diese ab und zu im Do It eingekauft, sofern dies möglich war; vor allem, weil Steinhausen keine andere Möglichkeit bietet. Will ich jedoch Fachartikel, so muss ich halt in ein Fachgeschäft nach Baar, Cham oder Zug ausweichen, weil der Migros dazu die Fachartikel und das Fachpersonal fehlen.

Je mehr die Migros im Bereich der «Fachmärkte» mitmischt, desto weiter muss man fahren, um echte Fachmärkte mit entsprechendem Angebot zu finden!

Nach dem Ausbau fehlt mir vermutlich die Motivation, das Center weiterhin zu besuchen. ■

Salomitaktische Ausweitung der Ladenöffnungszeiten

Vier Jahre nachdem die Zuger Stimmberechtigten verlängerte Ladenöffnungszeiten abgelehnt haben, gibt das Thema im Kantonsrat wieder zu reden. Die bürgerliche Ratsseite verlangt fünf zusätzliche Wochenstunden gegenüber der 1997 abgelehnten Vorlage beziehungsweise 12 zusätzliche Wochenstunden gegenüber dem heute geltenden Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz. Ein erneutes Referendum dürfte die Folge sein.

Von Ruth Wyss, SGA-Kantonsrätin, Baar

Exponenten der «Partei der kleinen Leute», der SVP, haben eine Motion zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten eingereicht. Diese Vorlage bringt gegenüber dem heute geltenden Gesetz das Verkaufspersonal, den Detailhandel und die Bevölkerung in den fraglichen Genuss von zwölf zusätzlichen Ladenöffnungsstunden. Im Kantonsrat wurde fast ausschliesslich von linker Seite, mit 10 gegen 54 Stimmen, für Nichteintreten auf diese Vorlage plädiert, leider fast ohne SP-Unterstützung. Von Seiten der Liberalisierer wurde unser Kanton als Nichtliberalisierungsinsel bezeichnet. Zwei Detaillisten wiesen auf die Problematik der Kleinbetriebe hin.

Nachfolgend ein Auszug aus meinem im Rat gehaltenen Votum:

«Vor ziemlich genau vier Jahren hat das Zuger Stimmvolk, mit mehr als 60% Neinstimmen, eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Nachdem wir erst vor zwei Jahren zwei verkaufsoffenen Sonntagen zugestimmt haben, wird mit diesem erneuten Vorprellen unsere damals gezeigte Kompromissbereitschaft schamlos ausgenutzt. Unverfroren wird hier eine Ausweitung der La-

denöffnungszeiten gefordert, die noch über die Vorschläge der vom Volk abgelehnten Vorlage hinausgeht. Die Alternative Fraktion ist deshalb für Nichteintreten auf die Vorlage.

Personal ohne ausreichenden Vertragsschutz

Noch immer gibt es im Bereich des Detailhandels nur vereinzelt Arbeitsverträge. Aus unserer Sicht darf eine Diskussion über eine weitere Ausweitung der Ladenöffnungszeiten erst dann stattfinden, wenn ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) allgemein verbindlich ist oder zumindest Verhandlungen darüber laufen. Weder von Arbeitgeber- noch von kantonaler Seite wurden jedoch Anstrengungen dahingehend unternommen, was ich sehr bedaure.

Bei dieser weiteren Deregulierung stünden die mehrheitlich weiblichen Verkaufspersonen noch schutzloser da, kennt doch das neue Arbeitsgesetz die entschädigungs- und bewilligungslose

Abendarbeitszeit bis 23.00 Uhr. Schon heute sind die Arbeitszeiten verhältnismässig hoch und die Löhne entsprechen selten den anstrengenden Arbeitsbedingungen und effektiven Arbeitsleistungen. Auch der Bereich Detailhandel kennt Löhne, die das Existenzminimum nicht mehr sichern. Vor zu tiefen Löhnen und der zunehmenden, sozial meist schlecht verträglichen Arbeit auf Abruf schützt auch das in den Berichten erwähnte Arbeitsgesetz nicht.

Kleinbetriebe im Nachteil

Nicht zu unterschätzen ist die Gefahr, dass sich vor allem Grossverteiler lange Öffnungszeiten leisten können und so kleinere Fachgeschäfte weiter verdrängen. Die Kleinen geraten durch die Grossen unter Druck und mit ihnen ihre Fachangestellten. Die durch die langen Öffnungszeiten provozierten unterschiedlichen Ladenöffnungen erweisen sich als nicht kundenfreundlich und drängen die Kundschaft zusätzlich in die Grosszen-

Chronologie der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten im Kanton Zug

1974: Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz, werktags von 6.00 bis 19.00 Uhr, 1 Abendverkauf pro Woche bis 21.00 Uhr, samstags bis 17.00 Uhr.

März 1995: Motion Hodel (FDP) zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

Sept. 1997: Referendum der Zuger Linken mit hoher Stimmenzahl zustande gekommen.

Nov. 1997: Das Volk lehnt die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten mit mehr als 60% Neinstimmen ab. Vorlage: 2 Abendverkäufe bis 21.30 Uhr, 2 verkaufsoffene Sonntage, samstags bis 19.00 Uhr.

Dez. 1999: Der Kantonsrat stimmt der Öffnung der Verkaufsgeschäfte an 2 öffentlichen Ruhetagen im Dezember zu.

Mai 2000: Motion Villiger und Betschart (SVP): «An Werktagen werden die Beschränkungen in Bezug auf die Öffnungszeiten der Geschäfte aufgehoben.»

August 2001: Erste Beratung der Regierungsvorlage im Kantonsrat. Öffnungszeiten werktags 6.00 bis 20.00 Uhr und vor öffentlichen Ruhetagen bis 18.00 Uhr. Der Gemeinderat kann die Verlängerung der Öffnungszeiten um 1 Stunde bewilligen. Das heisst faktisch: Öffnungszeiten von 6.00 bis 21.00 Uhr werktags beziehungsweise bis 19.00 Uhr vor öffentlichen Ruhetagen. Zwei verkaufsoffene Sonn- und Feiertage pro Jahr (bis anhin im Dezember).



Konsum und Umsatz um jeden Preis?

ten. Die Detaillisten sitzen am kürzeren Hebel, die beantragte Gesetzesänderung bevorzugt einseitig die Grossverteiler.

Entscheidung beim Parlament, nicht beim Regierungsrat

Die Ausweitung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten braucht eine breite Diskussion, wie sie nur im Parlament möglich ist. Es geht hier um nichts weniger als die Gestaltung unseres sozialen Lebens.

Die Alternative Fraktion ist der Überzeugung, dass mit Diskussionen über die Ladenöffnungszeiten letztlich über gesellschaftlich sehr gewichtige Güter wie Sonntage, gemeinsame Freizeit und Ruhe debattiert wird. Da solche Entscheide grosse Auswirkungen für weite Bevölkerungskreise haben und unser gesellschaftliches Leben stark beeinflussen, sind wir der Meinung, dass das Parlament als Volksvertretung solche Ent-

scheide fällen muss. Problematisch ist zudem die Interpretation des Absatzes 3 von Paragraph 3, wo es heisst: «sofern für breite Bevölkerungskreise ein Bedürfnis besteht». Denn wir kennen die offiziell vom Kantonsrat vor vier Jahren erfolgte Interpretation eines solchen Volkswillens. Dank Referendum hatte das Volk damals aber anders entschieden.

Heutige Ladenöffnungszeiten beibehalten

Im Kommissionsbericht steht der Satz: «Mit längeren Öffnungszeiten wird die Belastung des Personals zunehmen, allerdings können durch flankierende Massnahmen Missbräuche vermieden werden.» Zwei Dinge sind hier festzuhalten: Erstens würde mich interessieren, welche flankierenden Massnahmen hier gemeint sind, und zweitens werden, in Zürich zum Beispiel, Entschädigungen selten oder gar nicht ausbezahlt und

die Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals haben sich zum Teil massiv verschlechtert.

Im Kanton Zürich können die Läden von Montag bis Samstag von 6.00 bis 23.00 Uhr geöffnet haben. Das neue Arbeitsgesetz zeigt bereits seine Wirkung: Abendarbeitszeit wird nun als normale Arbeitszeit gewertet.

Die Zuger Bevölkerung stimmte 1997 gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, dies nicht zuletzt aus Solidarität mit dem Verkaufspersonal und den kleineren Fachgeschäften. Aus ähnlichen Gründen sagte auch das Urner Volk am 2. Dezember 2001, mit über 60 Prozent klar nein zu einer Liberalisierung der Ladenschlusszeiten.

Ein Zeichen, dass es sich lohnt, immer wieder für soziale Errungenschaften zu kämpfen und die Bevölkerung entscheiden zu lassen. ■

Viele viele (private) Parkplätze

Was ist zahlenmässig im Verkehrsbereich im Kanton Zug in den letzten zehn Jahren am stärksten gewachsen?

Die Autos? Der Verkehr? Die Buspassagiere? Die Papiermenge mit Plänen und Konzepten? Nein - das Parkplatzangebot in der Stadt Zug.

Von Martin Stuber, SGA, Mitglied der Fraktion SGA/Parteilose im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug (GGR)

Die öffentliche Resonanz stand in umgekehrtem Verhältnis zur verkehrspolitischen Brisanz - sie war praktisch Null. Seit Jahrzehnten zelebrieren bürgerliche Politikerinnen das gleiche Dogma: wir hätten in der Stadt Zug zu wenig Parkplätze. Und nun das! Zwischen 1991 und 2001 ist die Zahl der Parkplätze in der Stadt Zug von 21'200 auf über 27'000 gestiegen* - bei einer Bevölkerungszahl, die bei rund 22'000 stagniert. Und auf 13'800 Haushaltungen trifft es pro Haushaltung rund zwei Parkplätze!

Das entspricht einem Wachstum von rund 28% innert zehn Jahren. Interessant dabei ist, dass dieses Wachstum weitgehend

auf das Konto privater Parkplätze geht. Die Zahl der öffentlichen Parkplätze hat nur um 410 zugenommen. Damit hat sich das eh schon ungünstige Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Parkplätzen zugunsten der privaten verschoben und liegt bei 85% (1991 = 82%).

Parkplatzbewirtschaftung erschwert

Die Relation zwischen privaten und öffentlichen PP ist von Bedeutung für die Wirksamkeit der Parkraumbewirtschaftung, die nur für die öffentlichen PP gilt. Angesichts des kleinen Anteils öffentli-

cher Parkplätze kann von einer verkehrlenkenden Wirkung der Parkplatzbewirtschaftung keine Rede mehr sein. Umso wichtiger wäre ein griffiges PP-Reglement.

Schleusen auf!

Nach langem Zuwarten brachte der Stadtrat im Herbst 2000 das neue Parkplatzreglement in den GGR. Es hätte den längst fälligen Paradigmenwechsel gebracht, indem vom Dogma des uneingeschränkten Parkplatzangebotes abgerückt wurde. Neu wäre ein nach Zonen abgestufter Grenzbedarf festgelegt worden, der u. a. die Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr berücksichtigte. Nicht angetastet wurde die Erstellungspflicht für Parkplätze.

Reglemente werden jeweils in einer Spezialkommission vorberaten. Unsere Fraktion ahnte, dass in der Parkplatzfrage mit den bürgerlichen Hardlinern zu rechnen war und versuchte, bei der Bestellung der Kommission ein Zeichen zu setzen. Die Ratslinke sollte zwei von sie-

schriftlichen Vorschläge des Stadtrates rausgekippt, die Kommission verpasste es auch, ein Update des PP-Inventars zu verlangen und die verkehrsmässigen Auswirkungen zu prüfen.

Unser massiver Einsatz während der Behandlung im Rat mit einer ganzen Reihe von Anträgen lohnte sich insofern, als dann wenigstens diese Versäumnisse zwischen erster und zweiter Lesung nachgeholt wurden. Am Ergebnis änderte sich leider nichts. Die Anzahl der Parkplätze als wichtigster Generator von Verkehr in der Stadt Zug bleibt de facto nach oben unbeschränkt, mit schlimmen Folgen für die Lebensqualität in der Stadt.

Bürgerliche gegen Markt

Besonders pikant war die Reaktion des Rates auf unseren Antrag, die Erstellungspflicht für Parkplätze zu streichen. Wir argumentierten, «dass der Markt spielen soll», was einige Verunsicherung in den bürgerlichen Reihen auslöste. Die Mehrheit von FDP, CVP und SVP entschied sich schliesslich für das Park-



ben Sitzen besetzen können. Falls der Rat uns nur einen zugestehen würde, hätte sich die Linke aus Protest nicht beteiligt. Damit wäre die öffentliche Diskussion wirksam lanciert worden. Leider verhinderte das Veto der SP-Fraktionschefin Elsbeth Müller die Aktion in letzter Minute...

Schwache Kommission

Die Arbeit der Kommission (mit einem SP-Vertreter und sechs Bürgerlichen) übertraf die schlimmsten Befürchtungen. Nicht nur wurden alle fort-

platzdogma...

Als Hoffnung bleibt noch der Kanton. Im neuen Teilrichtplan Verkehr wird als eine der flankierenden Massnahmen ein kantonales PP-Reglement aufgeführt. Ob der Kantonsrat vernünftiger sein wird als der GGR? ■

* Parkrauminventar 1991, Planungsbüro Jud AG und Vorlage 1519.3 / 2. Lesung Parkplatzreglement vom 22.5.2001 Erhältlich auf der Stadtkanzlei Zug.

Wie weiter mit der Halbtageschule?

Am 10. Juni scheiterte das Modell einer Halbtageschule in der Stadt Zug knapp in der Volksabstimmung. Seither tut sich im Hintergrund einiges beim Lösen anstehender Probleme. Recht so, denn Projektentwicklung und Diskussion müssen weitergehen.

Von Patrick Cotti, parteilos, Mitglied GGR - Fraktion SGA/Parteilose

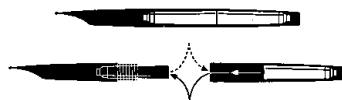
Der gesellschaftliche Druck hat der Schule mehr Aufgaben überbunden. LehrerInnen ärgern sich über die Abschiebung von Erziehungsverantwortung der Eltern, Eltern über die vielfältigen Anforderungen, die sie neben beruflichen Verpflichtungen zu erfüllen haben. Und die Kinder stehen zwischen den belasteten Eltern und der belasteten Lehrerschaft. Dabei wären gegenseitige Anpassungen zu besprechen: Beispiele für neue Schulformen gibt es, die mindestens in organisatorischer Hinsicht mehr Spielraum bieten. Die fehlenden Foren zu einem transparenten öffentlichen Meinungs austausch, insbesondere der betroffenen Eltern und Lehrer vor der Abstimmung zur Halbtageschule in der Stadt Zug, waren wesentlich dafür verantwortlich, dass der Soverän das Projekt bachab schickte.

Mitwirkung der Betroffenen

Die damalige Meinungsbildung zur Halbtageschule war in unserer Fraktion nicht einfach. Wenn Schulzeiten verändert werden sollen, tangiert dies primär Vorstellungen von Familienmittagstisch, Kinderbetreuung, Ansichten über die Lern- und Aufnahmefähigkeit der Kinder usw. Es läge auf der Hand, dass sich Schule und Eltern ernsthaft darüber austauschen müssten, und zwar bereits in der Planungsphase eines

Projekts. Neben grundsätzlichen Zweifeln gegenüber dem Halbtageschulvorschlag gab es einige Unbekannte (Ort des Mittagstisches, Lernvermögen und -verhalten der Kinder, Kosten, Einfluss auf bestehende Familienorganisationen, Einbezug von Eltern etc.), die, wären sie öffentlich erörtert worden, den verbreiteten Unmut eingedämmt hätten. Mit geringen Modifikationen hätte das Modell gute Chancen gehabt.

Zweifellos sind alle für Verbesserungen. Niemand hat etwas gegen die Einführung eines Mittagstisches, sei es, damit die Kinder über den ganzen Tag betreut wären (System Tagesschule), oder damit Familien resp. Alleinerziehende tageweise Entlastung haben. Die Erweiterung von Blockzeiten ist erwünscht, solange dies mehr Sinn zu bieten hat als «nur» denjenigen, ein schweizerisches Novum zu sein oder sich am finanziellen Minimalaufwand für die Stadt zu orientieren.



Modell für Reiche

Das abgelehnte Modell der Halbtageschule war – mit all seinen Vorteilen – ein Modell für Reiche: Der Halbtagesverdienst eines Elternteiles hätte bei drei Kindern für die Kosten des Mittagstisches beigezogen werden müssen, was dem Schulamt offenbar kaum bewusst ist. Bei den Staatsschulen funktioniert es nicht wie bei der Rudolf-Steiner-Schule oder der städtischen Tagesschule, wo die Eltern auf (fast) jeden Preis für die bewusst gewählte Schulform eingehen. Die Stadt muss grundsätzlich die Finanzierungsbeteiligung von alleinerziehenden Elternteilen sowie von Eltern, die

sich durch den Verdienst beider eine durchschnittliche (Über-)Lebensgrundlage erarbeiten, überdenken und entsprechende Vorschläge entwickeln. Die Gesellschaft hat der Schule mehr Aufgaben übertragen, dies ist ein Faktum (auch wenn keine Wunschvorstellung von Lehrerschaft und an der Schule interessierten Eltern).

Mehr Tagesschulen!

Der Druck von Wirtschaft und Gesellschaft auf Alleinerziehende und Familien muss bei der Veränderung schulischer Angebote berücksichtigt werden. Unsere Fraktion fordert deshalb die Erweiterung der Blockzeiten unter Berücksichtigung herkömmlicher Familienmodelle, die Schaffung weiterer Mittagstisch-Angebote und einer zweiten Tagesschule für die Stadt.

Dies aber unter der Voraussetzung, dass der Staat die Kosten so auf finanziell schwächere Familien überwälzt, dass zwischen dem wirtschaftlichen Nutzen und dem Aufwand der Eltern ein angemessenes Verhältnis ausserhalb von Sozialhilfe besteht. ■

Nato-Sonderbund oder UNO-Bund?

Bindet sich die Schweiz an die Nato, den militärischen Sonderbund des reichen Nordwestens? Oder stärkt sie das zivile Gegenprojekt, die Vereinten Nationen?

Von Josef Lang*

Am 10. Juni 2001 haben 51 Prozent der schweizerischen UrnengängerInnen gegen den Widerstand der isolationistischen Rechten und der pazifistischen Linken der Revision des Militärgesetzes zugestimmt. Dieses ermöglicht es der Schweizer Armee, an Nato-Kriegseinsätzen, aber nicht an Kampfhandlungen teilzunehmen. Das Ja erklärt sich zum einen aus dem von links und rechts vorgebrachten Einwand, es gehe um den (bereits möglichen) «Selbstschutz der Soldaten», und zum andern aus dem Wunsch, endlich der «einen Welt» beizutreten, und sei dies durchs militärische Hintertürchen.

UBS-Linke

Als die SP-Nationalrätin Barbara Haering Anfang Juni unter starkem öffentlichem Druck den anonymen Financier der linken Ja-Kampagne, die UBS, bekannt gab, rechtfertigte sie diese seltsame Allianz mit dem «gemeinsamen Interesse» an der Öffnung der Schweiz. Was steckt hinter dem Bankeninteresse an militärischen Auslandseinsätzen? Um welche «Interessen» geht es bei der schweizerischen Annäherung an die Nato? Worum geht es bei deren neuen «out-of-area»-Strategie und bei den Armeep länen der EU? Im April 1999, während des Kosovo-Kriegs, nutzte die Nato zur Feier ihres 50-jährigen Bestehens die Chance für eine «faktische Neugründung» (Reinecke). Zusätzlich zur bisherigen Verteidigung des Nato-Territoriums gegen aussen und innen wurden die «Ver-

meidung» und «Beilegung» von regionalen Konflikten und Krisen auch ausserhalb des eigenen Territoriums zu «neuen Kernaufgaben der Allianz» (Zumach) deklariert. Als Krisenszenarien, Risiken und Bedrohungen gelten in der neuen Strategie «Terrorakte» und «Sabotage», aber auch «die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen» oder die «unkontrollierte Bewegung einer grossen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte». Als «Unterbrechung der Zufuhr» kann auch die Nationalisierung von Rohstoff-Ressourcen interpretiert werden.

Globale Waffenbrüder

Als Ziel wurde zwar bloss die «Stabilisierung und Sicherung des Euro-Atlantischen Raumes» angegeben. Doch dass dies eine weltweite militärische Kontrolle voraussetzt, illustriert das Nato-Engagement in Mittelasien mit dem Ziel, die Sicherheit der Öl- und Erdgaslieferungen zu garantieren. Hermann Scheer kritisiert, dass die «Nato-Ausweitung bis an die innerasiatische Grenze Chinas und bis zum Himalaja» nicht mehr ein «europäischer Sicherheitsplan (...), sondern ein globalstrategischer Plan» sei. Damit werde ein «strategisches Dreierbündnis» provoziert – «mit Russland als Ressourcenlieferant und militärischem Ausrüster Indiens und Chinas». Daraus drohe ein «neuer Ost-West-Konflikt», der «zugleich ein Nord-Süd-Konflikt ist und obendrein die Kulturkreiskonflikte zentral berührt».

Aufschlussreich ist das Bedrohungsszenario, das der Chef der Allied South Forces, T. Joseph Lopez, bereits 1998 für die südliche und östliche Mittelmeergegend entworfen hatte: «In manchen Ländern gibt es religiösen und politischen Extremismus, demografische Probleme wie eine hohe Geburtenrate, Flüchtlingsbewegungen und illegale Einwanderung.» Weiter erwähnt er den Terroris-

mus, «die strategischen Ressourcen (...) und etwas, über das wir normalerweise nicht nachdenken: Wasser».

Die offensiven Ziele der neuen Nato-Doktrin stehen in einem engen Zusammenhang mit der ökonomischen Globalisierung. Die sozialen Verwerfungen, nationalen und kulturellen Demütigungen, die bewaffneten Konflikte und Migrationsbewegungen, Folgen einer rücksichtslosen Wirtschafts-, Sozial- und Bündnispolitik, müssen unter Kontrolle gehalten werden, polizeilich und militärisch. In diesem Sinne sind der globale Neoliberalismus und der globale Neomilitarismus Waffenbrüder in der «neuen Weltordnung». Die beiden Nato-Berater und Wirtschaftswissenschaftler Keith Hartley und Todd Sandler betonen in ihrem Buch «Die politische Ökonomie der Nato» (1999), die «Armut» nähere «die Hoffnungslosigkeit und die Unzufriedenheit». Das «extreme Gefälle» zwischen den Nationen «könnte im kommenden Jahrtausend Revolutionen verursachen». Und diese «könnten die Versorgung mit natürlichen Ressourcen aus rohstoffreichen Ländern Afrikas und Asiens unterbrechen».

US-Hegemonie ...

Die Nato, die mit der Auflösung des Warschauer Paktes ihre «raison d'être» verloren hatte, musste in den neunziger Jahren ihre bisherige Doktrin neu definieren und geriet damit in Konflikt mit der bislang für die Weltsicherheit zuständigen Uno. Ebenso rücksichtslos wie geschickt nutzte die Nato die Chance, die ihr der Balkan-Krieg bot, die Uno militärisch und sicherheitspolitisch auszubooten. Dass der mandatslose Nato-Krieg in Kosovo und Serbien mit der Festbeschreibung der «out-of-area»-Doktrin zusammenfiel, war alles andere als zufällig. Globale Nato-Hegemonie bedeutet gleichzeitig globale US-Hegemonie.

Abstimmungen



Ziele der neuen Nato Doktrin: Die Folgen einer rücksichtslosen Wirtschafts-, Sozial- und Bündnispolitik müssen unter Kontrolle gehalten werden

Was Peter Hug über Clintons Weltpolizistenrolle schrieb, trifft auf die George-W.- Bush-Regierung erst recht zu: «Vielmehr verfolgt die Clinton-Administration die Strategie, die Vereinten Nationen finanziell und politisch auszutrocknen, um der Nato unter der Führung der USA ein Welteingreifsmopol zu verschaffen.» Der geplante Aufbau eines Raketenabwehrsystems passt bestens in die Strategie von Hegemonialismus und Neomilitarismus. Laut Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel geht es um die "Absicherung des globalen Gewaltpotenzials (...), auf das die USA ihren Weltführungsanspruch zunehmend gründen." Zusätzlich fördere diese Massnahme, die "offensive Absichten signalisiert", die "Rüstungsdynamik", vor allem "im Bereich der strategischen Massenvernichtungswaffen".

... und EU-Militarismus

Der militärische Arm, den die Eu-

ropäische Union aufbauen will, stellt weder die Hegemonie der USA noch die der Nato infrage. Die europäische «Kriseneingreiftruppe» soll die USA im Umfeld Europas und in Afrika entlasten, die Festung Europa sichern und den EU-Mitgliedern die Finanzierung der militärischen Modernisierung erleichtern. Das haben nach anfänglicher Skepsis auch die USA verstanden. In einem gemeinsamen Artikel im «Wallstreet Journal» vom 24. März 2000 schrieben die damalige Aussenministerin Madeleine Albright und der Verteidigungsminister William Cohen: «Europa braucht mehr militärische Kapazitäten, als es heute hat. Es muss mehr ausgeben und es intelligenter einsetzen.» Wie sich die Ziele des wirtschaftsmächtigsten EU-Staates und die der Nato decken, enthüllt ein internes Dokument des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages aus dem Jahre 1992. Das von Klaus Naumann, dem späteren Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzenden des Nato-

Militärausschusses, verfasste Dokument über die «Neugestaltung der Bundeswehr» zählt folgende militärische Zukunftsaufgaben auf: «Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen» sowie «die Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten»; ebenso die «Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität». Ende der neunziger Jahre postulierte die von der Bundesregierung eingesetzte Weizsäcker-Kommission «Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr» eine Abkehr von der territorialen Verteidigung. Stattdessen forderte sie eine Verteidigung deutscher Interessen ausserhalb aller geografischen Grenzen, wenn notwendig auch in einem Aggressionskrieg.

Von der Uno zur Nato

In ihren «Grundlagen der militärstrategischen Doktrin» vom Februar 2000 gehen auch die schweizerischen Militärs davon aus, dass es «unwahrscheinlich» sei, «dass unser Land von einem Nachbarn angegriffen wird». Daraus folgert die amtsinterne «Konzeptionsstudie 1»: «Die Armee ist als Gesamtsystem auf Interoperabilität auszurichten. (...) Im für die Schweiz relevanten strategischen Umfeld, dem euroatlantischen Sicherheitsraum, kann Interoperabilität nur auf die Nato ausgerichtet sein.» Als Risiken werden unter anderem «Ressourcen-, Wasser- und Nahrungsmittelmangel sowie Armutswanderungen» genannt.

Obwohl dieses Konzept, als es publik wurde, einigen Staub aufwirbelte, sprach man sich darin lediglich für einen Richtungswechsel aus, der bereits Mitte der neunziger Jahre nach dem Volks-Nein zur Beteiligung an Uno-Blauhelmeinsätzen zur Friedenserhaltung eingeschlagen worden war. 1996 schloss sich die Schweiz der Nato-Partnership for Peace (PfP), 1998 dem PfP Planning and Review Process an, und 1999 legte sie die ersten spezifischen Interoperabilitätsziele fest.

Die sicherheitspolitische Wende von der Uno zur Nato vollzog die Schweiz parallel zur Marginalisierung der Uno durch die Nato auf internationaler Ebene. So war in dem am 10. Juni 2001 knapp angenommenen Militärgesetz der bisherige Uno-Begriff «friedenserhaltend» (peace keeping) durch den Nato-Begriff «friedensunterstützend» (peace supporting) ersetzt worden. Das erst im Laufe der parlamentarischen Debatte eingebaute Uno/OSZE-Mandat ist bloss taktischer Natur. Im Entwurf für die nächste Revision des Militärgesetzes fehlt das Uno-Mandat.

Dass das Hauptziel der laufenden Ar-

meereform die Nato-Interoperabilität ist, bestätigen auch die im April 2001 bekannt gewordenen Rüstungspläne des Bundesrates. Teure Beschaffungen wie das Flugkörperabwehrsystem, das neue Kampfflugzeug, die Führungs- und Informationssysteme in der Schweizer Armee machen nur dann Sinn, wenn sie kompatibel sind mit den Waffensystemen im Nato-Verbund, so der Generalstabschef Hans-Ulrich Scherrer.

Lieber Soldaten als Flüchtlinge

Bereits vor der Abstimmung 2001 musste den Militärs klar sein, dass der Weg zu einer Beteiligung der Schweizer Armee an eigentlichen Kriegseinsätzen lang sein wird. Trotzdem ist es für die Armee von vitaler Bedeutung, eine internationale Perspektive zu gewinnen – und die gibt es nur im Rahmen der Nato. Anderthalb Monate nach dem knappen Abstimmungsergebnis vom 10. Juni, als neben der SVP und der SP auch die FDP zur

Nationalismus, Rassismus, Krieg

US-Hegemonie und Terrorismus; Nation und Gewalt; Kollektive und Nationale Identität; Ziviler Internationalismus statt NATO; Arbeitswelt, Standortnationalismus, Rechtsradikalismus, Anti-Rassismus; Europa und Föderalismus, Einwanderung und Integration

A. Floy, F. Schandl, R. Köhni, H.U. Joet, J. Lang, Ch. Bütlerwogge, F. Hulekari, H. Stutz, Y. Kramer, K. Dörr, V. Aleva, Ch.P. Schomer, H. Keger, G. D'Amato

Diskussion

G. Trepp: Geldwäscherei und Terrorgefahr
W. Eberle / H. Böhlé: Linke und Neue Mitte
S. Lettow: Neoliberaler Anti-Egalitarismus

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

21. Jg./2. Halbjahr 2001

Fr. 25.–

Armeereform XXI auf Distanz ging, redete die «Neue Zürcher Zeitung» den Freisinnigen ins Gewissen: «In dieser Armee 95 eskalieren die Krisensymptome. Sie ist ein Heer ohne Zukunftsperspektiven geworden, eine Armee in einer Motivationskrise, um die die Wirtschaft, um die hoffnungsvolle junge Kader zunehmend einen Bogen machen (Miliz) und der andere gar davonlaufen (Instrukturen).»

Neben der Legitimierung der Armee hat die Nato-Annäherung die Aufgabe, die wirtschaftlichen und politischen Interessen des helvetischen Kapitals auf dem Weltmarkt besser zu verteidigen. Der freisinnige Ständerat Hans-Rudolf Merz begründete die bewaffneten Auslandseinsätze mit dem Hinweis auf die Schweiz «als Exportland, das seinen Wohlstand grossteils den internationalen Märkten» verdanke. «Abseitsstehen» führe «zu harten Fragen». So spielte Merz offensichtlich auf den Umstand an, dass Länder, die mehr Soldaten ins Aus-

Abstimmungen

land schicken, weniger Flüchtlinge aufnehmen müssten (NZZ, 8. 5. 2001). Eine andere «harte Frage», welche Merz nicht erwähnt, an die aber die UBS bei ihrer Grossspende gedacht haben dürfte, lautet: Wie wollt ihr euer Bankgeheimnis halten, wenn ihr nicht bereit seid, mindestens militärisch Solidarität zu üben? ■

Literatur:

Ernst Otto Czemieli: Risse im Bündnis. In: Stefan Reinecke (Hg.): «Die neue Nato».

Peter Hug: «Zukunft der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik. Nach dem Nato-Krieg in Kosovo». In: «Widerspruch», Heft 37. Zürich 1999.

Stefan Reinecke: «Was will die Nato?» In: ders. (Hg.): «Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht?». Hamburg 2000.

Hermann Scheer: «Kampf ums Öl. Das Nato-Engagement in Mittelasien». In: Stefan Reinecke (Hg.): «Die neue Nato».

Andreas Zumach: «Die Sieger der Geschichte. Zur neuen Strategie der Nato». In: Stefan Reinecke (Hg.): «Die neue Nato».

*Josef Lang ist Zuger Kantonsrat (SGA) und GSoA-Aktivist. Beim Text handelt es sich um eine gekürzte Version seines Beitrags in «Widerspruch», Heft 41, 2001.

WIDERSPRUCH – Heft 41

Die Terroranschläge vom 11. September in den USA und der Rachefeldzug der US-Streitkräfte und Bündnispartner gegen den "internationalen Terrorismus" haben die Weltpolitik schlagartig militarisiert. Über die Vorgeschichte dieses Krieges, der im Namen der "islamischen Nation" (Osama bin Laden) und der "friedlichen Nation" (George W. Bush) in Afghanistan geführt wird, schreibt die indische Schriftstellerin Arundhati Roy. Nation als Schicksals- und Kampfgemeinschaft hat immer schon Krieg bedeutet, wie Franz Schandl in seinem Essay aufzeigt.

Als Reaktion auf Globalisierung, Denationalisierung der Wirtschaft und auf die Krise des Nationalstaates kämpfen seit Jahren auf dem politischen und theoretischen Feld alte und neue Nationalismen um die Köpfe der Massen. Reinhard Kühnl klärt über die politischen Konsequenzen des völkischen Nationalismus auf. Und Hans Ulrich Jost warnt vor Missverständnissen um die Begriffe Nation, Willensnation und Nationale Identität. Nach Josef Lang liegt die sicherheitspolitische Zukunft des Kleinstaates Schweiz weder in den Händen der nationalen Verteidigungsarmee noch in der NATO, sondern im Aufbau eines zivilen Internationalismus. Die Renationalisierung der Politik und der politischen Kultur in der

Bundesrepublik Deutschland hält an Standortnationalismus, Rechtsextremismus und immer restriktivere Zuwanderungspolitik stehen – so die Analyse von Christoph Butterwegge – in einem engen Zusammenhang. (..)

Soweit eine kleine Auswahl der Beiträge, die im neuesten "Widerspruch" zu finden sind, über den das "Magazin" 1999 schrieb:

«Es ist die schönste Zeitschrift, die ich kenne, im Sinne der Sinngebung. Sie ist ein Jahrhundertanachronismus und wird noch währen, wenn aller Lifestyle von den Kiosken gefallen ist; sie ist Kultur. Ich mag sie enorm, und Sie, Sie sollten sie endlich kennen lernen.»

WIDERSPRUCH 41: Nationalismus, Rassismus, Krieg. 208 Seiten, Fr. 25.-, im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich.

Tel./Fax 0041 (0)1 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch, www.widerspruch.ch

Braucht der Kanton Zug eine Ombudsstelle?

Im Kanton Zug gab es in der Vergangenheit bereits Versuche, eine Ombudsstelle einzurichten. Ich erinnere an die Motion von Josef Virgil Hotz im Zuger Kantonsparlament oder den Vorstoss von Christian Nussbaumer auf gemeindlicher Ebene in Oberägeri. Nach dem schrecklichen Attentat auf das Zuger Kantonsparlament fordern erneut zwei parlamentarische Motionen die Einsetzung einer Ombudsstelle.

**Von Yvonne Furler, Kantonsrätin
Alternative Fraktion, Walchwil**

Die Gegner von Ombudsstellen führen im Wesentlichen an, in kleinräumigen Verhältnissen kenne man sich, der Kontakt zu den Behörden sei eng, Probleme könnten im direkten Gespräch gelöst werden. Auch wurde argumentiert, verschiedene Gemeinden böten bereits Sprechstunden mit Behördenmitgliedern an, welche teilweise nur schlecht besucht seien. Es bestünde auch aus diesem Grunde kein Bedürfnis danach.

Zum Argument der Kleinräumigkeit der Verhältnisse äussert sich der Ombudsmann der Stadt Zürich, Markus Kägi, im Interview mit der Neuen Zuger Zeitung vom 27. November 2001 pointiert: «Je kleiner die Strukturen, desto verfilzter sind sie».

Meines Erachtens ist nicht ein allfälliger Filz das Hauptproblem, sondern der Umstand, dass Behördenmitglieder notgedrungen Teil einer der Konfliktparteien darstellen und somit nur begrenzt in der Lage sind, Konflikte unabhängig beurteilen und lösen zu können. Diese fehlende Unabhängigkeit kann mit ein Grund für die teilweise schlecht besuchten Sprechstunden sein.

Bedarf einer Ombudsstelle

Dass Ombudsstellen tatsächlich einem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen, kann auf Grund der in der Schweiz gemachten Erfahrungen nicht bestritten werden: Gemäss Auskunft des seit 13 Jahren im Amt stehenden Ombudsmanns des Kantons Basel-Stadt bearbeitete er im Jahr 2000 200 Anfragen, was einem Fall auf tausend EinwohnerInnen entspricht. Der Ombudsmann der Stadt Zürich (seit 1971 im Amt) bearbeitet jährlich rund 700 Anfragen, was 2 Fällen auf tausend EinwohnerInnen entspricht.

Im November 2001 wurden im Zuger Kantonsrat zwei Motionen zur Einführung einer Ombudsstelle eingereicht. Dies nicht in der Meinung, eine Ombudsstelle hätte diesen schrecklichen Amoklauf verhindern können, jedoch aus der Überzeugung heraus, eine Ombudsstelle könne in vielen Fällen Konflikte auf tiefer Eskalationsstufe lösen und stelle deshalb einen wichtigen Teil eines umfassenden, noch aufzubauenden Konfliktlösungsmodells dar.

Welche Kompetenzen würde die Zuger Ombudsstelle besitzen?

Der Nutzen der Ombudsstelle wird ganz wesentlich vom Umfang ihres Wirkungsbereichs abhängig sein. Entsprechend dem Basler Modell ist unbedingt zu fordern, dass die Zuständigkeit der Ombudsstelle neben der kantonalen Exekutive und Verwaltung auch die Gemeindeexekutiven, -behörden und -kommissionen umfasst.

Entsprechend dem Basler Modell sollen auch «Institutionen und Organisationen des privaten Rechts, denen hoheitliche Aufgaben übertragen wurden, oder die überwiegend vom Kanton finanziert werden» in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsstelle fallen.

Bei diesen «teilprivatisierten» Bereichen, herrscht über den Grad der Privatisierung und den Umfang der verbliebenen staatlichen Aufsicht Unklarheit. Dies bewirkt eine hohe Unsicherheit bezüglich Anwendung und Auslegung vieler Rechtsregeln, was wiederum viel Konfliktstoff in sich birgt. Eine Ombudsstelle könnte auch hier unabhängig und unvoreingenommen rechtliche Abklärungen tätigen und Empfehlungen abgeben.

Methoden der Konfliktanalyse und Konfliktlösung

Es gibt auch für Ombudsleute keine generelle Methode, Konflikte zu lösen, da jeder Konflikt seiner Natur nach verschieden ist. An erster Stelle wird somit immer eine Analyse der beteiligten Parteien, der «Arena», in der sich der Konflikt abspielt sowie des eigentlichen Konflikttyps stehen. Der international bekannte Konfliktforscher und Organisationsberater Dr. Friedrich Glasl unterscheidet bei den Konflikttypen beispielsweise «kalte» Konflikte, bei denen die Konfliktparteien in einem Zustand tiefer Enttäuschung und Desillusionierung verharren, und «heisse» Konflikte, in denen sich die Parteien durch eine eigentliche Begeisterungsstimmung auszeichnen. Zu untersuchen ist auch, wie weit ein Konflikt bereits eskaliert ist. Glasl entwickelte dazu ein «Phasenmodell der Eskalation», welches 9 Eskalationsstufen unterscheidet (siehe Kasten).

Nach dieser Diagnose des Konflikts erstellt die Ombudsstelle eine Interventionsstrategie. Nachdem nun die Faktoren und Mechanismen der Eskalation des einzelnen Konfliktes bekannt sind, wird versucht, diese Kenntnis wiederum für die Reduktion des Konfliktes zu verwenden.

Können Mediatorinnen und Mediatoren eine Ombudsstelle ersetzen?

Die Mediation als Methode der aussergerichtlichen Konfliktlösung mit «Win-Win»-Ergebnissen wurde in unseren Breitengraden zuerst im Zusammenhang mit Ehescheidungsverfahren bekannt. Inzwischen hat sie sich längst auch in Wirtschaft und Verwaltung etabliert und erzielt in der Regel sehr gute Ergebnisse. In den letzten Jahren wurden denn auch im Kanton Zug bei verschiedenen verwaltungsinternen Konflikten wie in schweren Konflikten zwischen Bürgerinnen und Bürgern MediatorInnen eingesetzt. Derartige Interventionen im Einzelfall können eine Ombudsstelle jedoch nicht ersetzen, denn diese hat einen «ganzheitlichen», präventiven Ansatz, der im Gesetz über die Ombudsstelle des Kantons Basel-Stadt vom 13.03.1986 wie folgt umschrieben wird:

§ 1 «Die Beauftragte/der Beauftragte für das Beschwerdewesen (Ombudsmann) des Kantons Basel-Stadt wirkt im Rahmen der ihr/ihm übertragenen Befugnisse darauf hin, den Schutz der ver-

fassungs- und gesetzmässigen Rechte des Einzelnen zu verbessern sowie die parlamentarische Kontrolle über die Verwaltung zu stärken.»

Absatz 2 sodann lautet:

«Sie/Er erfüllt ihre/seine Aufgaben, indem sie/er

a) dem Einzelnen im Verkehr und namentlich bei der Wahrung seiner Rechte und Interessen gegenüber der Verwaltung hilft und bei Streitigkeiten vermittelt;

b) die Verwaltung zu bürgerfreundlichem Verhalten veranlasst, aber auch vor ungerechtfertigten Vorwürfen schützt;

c) dem Grossen Rat über ihre/seine Tätigkeit Bericht erstattet.»

Allein dieser kleine Gesetzesauszug zeigt, dass eine Ombudsstelle ein wichtiger Schritt zu neuen Formen des Umgangs mit Konflikten darstellt und damit einem der wichtigsten, nach dem 27. September geäusserten Wünschen entgegenkommt. ■

Quellen:

Glasl, Friedrich, Konfliktmanagement: Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater, 6. Auflage, 1999, Verlag Haupt, Bern

Louis Kuhn, «Mittler für Kanton und Gemeinden», Tages-Anzeiger vom 27.10.01

Leserbrief von Josef Virgil Hotz, Neue ZZ vom 17.11.2001

Phasenmodell der Eskalation nach Dr. F. Glasl

Stufe eins: Verhärtung

Stufe zwei: Polarisation und Debatte

Stufe drei: Taten statt Worte

Stufe vier: Sorge um Image und Koalition

Stufe fünf: Gesichtsverlust

Stufe sechs: Drohstrategien

Stufe sieben: Begrenzte Vernichtungsschläge

Stufe acht: Zersplitterung

Stufe neun: Gemeinsam in den Abgrund

Waffe und Würde

Die Verknüpfung von Waffe und Würde ist mörderisch. Das ist eine der wichtigsten Lehren des Dramas vom 27. September.

Von Josef Lang, Kantonsrat SGA

Während des Überfalls auf den Kantonsrat sah ich fast nichts. Dafür nahm ich die Schüsse und das Geschrei des Täters um so bewusster wahr. Mir waren sofort zwei Sachen klar: Dieser Mann mit der kräftigen Stimme ist kein Randständiger. Der erhebt einen Machtanspruch, den nur Leute haben, die meinen, besonders wichtige und gute Schweizer zu sein. Die Waffe ist für den mehr als ein Schiessinstrument. (Dass er morden und verletzen könnte, hatte ich anfänglich nicht einmal erwogen.) Das Gewehr, die Schüsse und die Magazinwechsel bilden mit dem Tonfall, den Rufen und dem Umherlaufen eine vom Täter inszenierte Einheit. Erst nachträglich erfuhr ich, dass Leibacher eine Polizeiuniform getragen und das Ratsgebäude mit dem Ruf gestürmt hatte: «Das ist eine Polizeiaktion!»

Meine Ahnung in der Deckung zwischen Pult und Wand, hier brauche jemand den Kantonsratssaal als Bühne und das Sturmgewehr als Mittel, um seine (vermeintlich verletzte oder verlorene) Ehre wiederherzustellen, wurde auch bestätigt durch die ganze Vorgeschichte. Ehrverletzung war ein Hauptthema der Auseinandersetzungen der Vorjahre und Vormonate zwischen Leibacher und den Behörden gewesen. Dazu passt auch die (mir erst später bekannt gewordene) Tatsache, dass der Täter ein Waffennarr und ein geübter Schütze gewesen war. Die Behördenmitglieder tötete er mit dem Sturmgewehr, der Waffe der einfachen Soldaten. Sich selber richtete er mit ei-

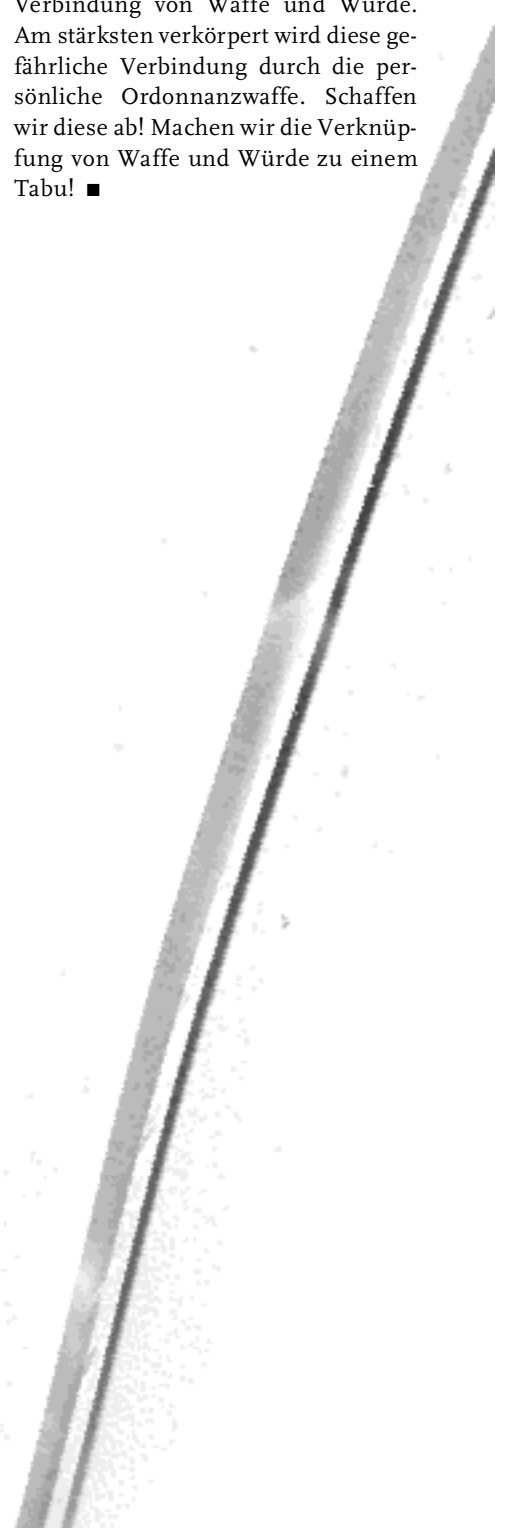
ner Pistole, der Waffe der Offiziere. Diese Art der Selbsttötung steht in einer langen Tradition der Wiederherstellung männlicher Ehre.

Keine Ordonnanzwaffe mehr

Während in Ländern mit starken feudalen Traditionen wie Österreich, Deutschland und Frankreich die Verknüpfung von Waffe und Würde von einem aristokratischen Geist geprägt ist, ist sie in Ländern wie den USA und der Schweiz mehr mit dem Bild des autonomen männlichen Bürgers verbunden (der notfalls zur Selbstjustiz greift). Divisionär Gustav Däniker wehrte sich 1989 gegen die GSoA-Initiative mit dem Argument: «Die Armee ist herausgewachsen aus dem Privileg des freien Mannes, eine Waffe zu tragen. Wehr- und ehrlos war gleichbedeutend.» (Deshalb wurde das Frauenstimmrecht in der Schweiz so spät eingeführt.) Auch wenn diese machistische Mentalität dank Feminismus und Pazifismus an Bedeutung eingebüsst hat, ist sie nicht verschwunden. Sogar Linke unterstützten das neue Militärgesetz mit dem «Argument», es sei «unwürdig», wenn Schweizer Soldaten «unbewaffnet» seien (was übrigens faktisch nicht zutraf).

Es soll hier nicht behauptet werden, zwischen Abstimmungskampf im Frühling, in dem die Verknüpfung von Waffe und Würde wieder Urstand feierte, und dem Blutbad im Zuger Kantonsratssaal, in dem die Verbindung von Waffe und Würde mörderisch inszeniert wurde, bestünde ein Zusammenhang. Obwohl ich einen solchen auch nicht zwischen dem Verhalten der Behörden und Leibachers Untat sehe, befürworte ich die Einführung einer Ombudsperson. In einem ähnlichen Sinne setze ich mich dafür ein, dass nicht nur das Waffengesetz ver-

schärft, sondern auch radikal Abschied genommen wird von der archaischen Verbindung von Waffe und Würde. Am stärksten verkörpert wird diese gefährliche Verbindung durch die persönliche Ordonnanzwaffe. Schaffen wir diese ab! Machen wir die Verknüpfung von Waffe und Würde zu einem Tabu! ■



Druck erzeugt Gegendruck

Die vergangenen Wochen gaben mir Gelegenheit für Gespräche mit den verschiedensten Leuten, mit Leuten die im Ratsaal waren, mit Leuten die draussen waren, mit Menschen, die Angehörige verloren haben oder um Freunde trauerten. Die sich immer wiederholenden Fragen hiessen: Wofür musste ein so hoher Preis bezahlt werden? Wurden und werden Fehler begangen, die solche Taten provozieren?

Von Marianne Stutz, ehemalige Leiterin Zuger Arbeitslosentreff

Das Erschreckende an diesen Gesprächen war für mich, dass es einer stattlichen Anzahl von in öffentlichen Ämtern Beschäftigten mühelos gelang, einige Namen von Menschen zu nennen, die sie als «potenzielle Leibacher» einstufen könnten.

Warum also so viel Groll gegen Menschen in Ämtern, die in erster Linie das vollstrecken, was vom Volk zu gegebener Zeit an der Urne verlangt wurde? Weiter erschreckt hat mich, wie oft zu hören war: «Ich kann verstehen, dass der durchgedreht hat, wie DIE mit einem umgehen!» Was läuft da schief?

Ich erinnere mich an einige Fälle, wo Stellenlose völlig aufgelöst und verletzt von allzu viel Beamtenherrlichkeit im ZALT erschienen, Dampf abliessen, lärmten, weinten, stampften und erst dann bereit und fähig waren, ihre Papiere, die sie nicht verstehen konnten (oder wollten?), da sie weit weg von ihrem eigenen Rechtsempfinden waren, vor mir auszubreiten. Meistens waren es harmlose Schriftstücke, deren Ton und Wortwahl jedoch zu wünschen übrigliessen. In den allermeisten Fällen

ist es geglückt, die Angelegenheit wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Ein gesunder Mensch ist normalerweise in der Lage, mit der Behördenpost, auch wenn diese nicht den erwünschten Inhalt übermittelt, umzugehen. Viele der ZALT - BesucherInnen waren jedoch mehrfach verletzt worden (Verlust der Arbeit, Rollenverlust, Gesichtsverlust in der Familie, gesundheitliche Probleme, angespannte Finanzlage usw.). Viele kleine Blessuren machten die Haut dünn und deren Oberfläche überreizt. Eine «Kleinigkeit» reichte, um die Kontrolle zu verlieren.

Ist das Einlenken nicht geglückt, haben diese Menschen oft nach anfänglicher Wut auf Behörden und deren Angestellte resigniert und die Gewalt gegen sich selber gerichtet. Diese Form von Gewalt kommt weit häufiger vor als Taten wie die Leibacher'sche, bedeuten aber weniger Medienwirksamkeit. Die Ursachen sind die gleichen.

Was haben wir solchen Menschen anzubieten? Sicher braucht es offene Ohren und ein weites Herz, Sinn für die Realität, Unerschrockenheit und Durchsetzungskraft und vor allem eine Sprache, die diese Menschen verstehen und sprechen, und die ist nicht immer vom Feinsten. Sie brauchen erste Hilfe, sie müssen bei der Hand genommen werden, und das meine ich wörtlich, sie brauchen Begleitung und das Gefühl von Stütze. Physische Präsenz ist wichtig. Erst viel später kann, wenn überhaupt, an psychologische Betreuung gedacht werden.

Studien zeigen, dass das Arbeitsumfeld in Spitälern, Pfarreien und den öffentlichen Verwaltungen zu den am meisten Mobbing anfälligen in der Arbeitswelt gehören. An diese Stellen aber wenden sich die Leute, die in Not sind. Druck erzeugt Gegendruck. Ob da wohl

die Patientin, der Patient, die Seelensuchende oder der Kunde am Schalter etwas abkriegt?

Es kann wohl nicht genügen, lediglich die technischen Sicherheitsvorkehrungen zu verbessern. Das braucht viel grössere Anstrengungen als Gitter vor die Schalter und Polizisten in die Ratsäle. Machen wir uns auf den Weg nach etwas mehr Menschlichkeit, jede und jeder nach seinen Möglichkeiten. Versuchen wir doch, amtliche Schreiben in Ton und Sprache so anzupassen, dass sie zwar klar und unmissverständlich sind, ohne aber beim Empfänger oder bei der Empfängerin den Eindruck zu erwecken, als komme ein verpasster Termin einem mittleren Verbrechen gleich. Es sollte auch nicht eines akademischen Titels bedürfen, um «offizielle Schreiben» überhaupt verstehen zu können. Höfliche Schreiben kosten gleich viel wie unhöfliche, bewirken aber ungleich mehr Positives. Auch die so genannt «Gesunden und Normalen» wüssten dies durchaus zu schätzen. ■

Regierungsgebäude als Friedensstätte – eine Vision

Es ist wohl richtig: eine Rückkehr zur «Normalität» im herkömmlichen Sinne wird es nicht mehr geben. Aber was ist normal? Hat uns nicht gerade das Attentat deutlich gezeigt, dass die «Normalität» unserer Spasskultur eben nicht normal ist? Dass die schnellebige Zeit die Probleme des Einzelnen, die eigentlich bewältigt werden müssten, zu verdrängen vermag.

**von Anita Stadler,
Vorstandsmitglied SGA**

Meinen wir die Trauer um die Opfer ernst, dann fühlen wir uns ganz persönlich aufgerufen, gleich welcher politischen Richtung wir angehören, Konsequenzen aus dem Ereignis zu ziehen und nicht wieder so rasch wie möglich in die «Normalität» zurückzukehren. Das heisst auch, aktiv dafür einzustehen, damit in Zukunft Verzweiflungstaten dieser Art möglichst nicht mehr passieren müssen.

Kurze Zeit nach dem Attentat sind es folgende Fragen, die mich beschäftigen:

- Das Regierungsgebäude bedarf eines neuen Impulses, damit es zu einer Stätte werden kann, die mit dem Laufe der Zeit eine Versöhnung mit dem Ort des unentschuldbaren Attentats mit sich bringen kann. Aber in welcher Form kann dies passieren?
- Was muss in uns entwickelt werden damit wir nach solchen Ereignissen den richtigen Weg erkennen?
- Dürfen wir vom reinen Nützlichkeitsdenken wegkommen?
- Relativiert das reine Nützlichkeitsdenken die Würde?
- Wieweit dürfen spirituelle Gedanken miteinbezogen werden?

Ein Haus der Begegnung

Aus all diesen Gedanken entstand die Vision, dass das Regierungsgebäude sich in ein Haus der Begegnung verwandeln soll. Alle jetzigen Verwaltungsstellen würden aus dem Hause verlegt, um Raum zu schaffen. Raum für folgende Ideen:

Ich kann mir, ebenso wie viele KantonsrätInnen, vorstellen, dass der Kantonsratssaal wieder als Parlamentssaal genutzt wird. Bevor dies aber geschieht, muss dieser Saal mit einem Ritual vom Erlebten befreit werden. Ein Ritual, das eine reinigende Wirkung hat und bei dem all denen die Möglichkeit geboten wird daran teilzunehmen, die die Tat miterlebten. Wir kennen da die Kraft und das Wissen von Geomanten, die hier bestimmt hilfreich sein könnte.

Wäre es nicht auch richtig, wenn zukünftig die von Kantonsräten geforderten Ombuds- und Mediationsstellen der Öffentlichkeit an diesem Ort zugänglich wären? Menschen sollen sich zukünftig wieder gerne in dieses Haus bewegen, da sie wissen, dass da ein Gegenüber ist, das ihnen zuhört und allenfalls mithilft, Situationen zu bereinigen. Menschen brauchen wieder vermehrt Begegnungen auf die Sie sich verlassen können und die ihnen die Sicherheit des Wahrnehmens vermittelt.

Viel Zeit, Personal und Raum wäre wünschenswert. Personal, das einen klaren und sehr umfassenden Auftrag erteilt bekommt, auch selbst aktiv auf Menschen zugeht, mit Schulklassen zum Thema Gewalt arbeitet, in Betrieben auf Mobbing-Situationen aufmerksam macht, den Umgang mit Gewalt thematisiert, usw.. In meiner Vision hat es gleichzeitig Platz für einen Raum der Stille und Meditation sowie eine öffentliche Cafeteria. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass sich Menschen über die

Wichtigkeit der Begegnung und Anteilnahme wieder bewusster werden, Hilfe untereinander wieder alltäglicher wird.

Das Regierungsgebäude am See soll wieder mit Leben gefüllt werden. Mit Leben für Menschen in alltäglichen aber auch ausserordentlichen Situationen. Das Gebäude soll weit über unsere Kantonsgrenze hinaus zu einer Ausstrahlung gelangen, die das Materielle durch das Menschliche überstrahlt.

Die Wandlung soll weiterleben

Für eine solche Vision braucht es ausserordentlich grosszügige Regelungen. Eine Grosszügigkeit, die vielleicht nur durch Schicksale bewogen werden kann. Jetzt müssen all die Gedanken, die viele von uns ganz kurz nach der Zeit des Attentats hatten, Platz einnehmen. Wir alle haben seit dem 27. September eine wahrnehmbare Wandlung in unserer Umgebung erlebt. Diese Wandlung soll weiterleben, indem das Gebäude, das durch die erlebte Tat viel Trauer und Entsetzen auslöste, eine Umwandlung zu Gunsten des Guten und der Hoffnung erfährt. ■

Buch



Der Stapel neben meinem Bett

Von Ula Schiesser

Es gibt sie, die Liebe auf den ersten Blick, und wunderbarerweise folgte dem ersten Blick der erste Satz: «Gegen fünf Uhr in der Frühe war er daheim wieder vom Dach gestiegen und wollte leben.» So fing meine, leider nur zwei Nächte dauernde Liaison mit dem neuen Buch von Klaus Merz an. «Adams Kostüm» heisst der schmale, wunderschön ausgestattete Band mit Zeichnungen von Heinz Egger. Drei Erzählungen von Liebe, Glück und Schmerz des Lebens – ich weiss sie kaum zu beschreiben, ohne ins Schwärmen zu geraten. Darum erlaube ich mir, meine Freundin Charlotte zu zitieren:

«Stimmungen sind eingefangen, die mir sehr vertraut sind. Ein schweizerisches Engegefühl, das sehr subtil daherkommt und doch in seinen Figuren drin ist, ihr Handeln bestimmt. Die Sprache ist derart präzise und schlicht, kontrolliert beinahe, und doch setzen sich Bilder im Kopf fest, neblige Bilder, die dort weitermäandern.»

Ich war beim Lesen seltsam weggetreten, fühlte mich, als hätte mich einer an der Hand genommen und flöge mit mir über Klüfte und Abgründe der Seele, um schlafwandlerisch sicher am guten Ende wieder zu landen, denn Merz liebt die Menschen und er hat einen hintergründigen, subversiven Humor. Seltsam, dass dieser Schweizer Autor nicht bekannter ist, schon seinen Gedichtband «Garn» habe



ich sehr gemocht und erst recht den Kurzroman mit dem schönen Titel «Jakob schläft».

Zum ersten Kälteeinbruch hat mir Charlotte ein Buch geschenkt, und dazu ein «ultimatives Glücksrezept für griesgrämige Damen», schön von Hand auf edles Papier geschrieben:

Stehe morgen um fünf Uhr auf, statt um sechs. Bevor du aus dem Schlafzimmer wankst, schalte die kleine Lampe neben dem Bett ein und schüttele Decken und Kissen – es soll richtig einladend und gemütlich aussehen. Bereite dir einen riesengrossen Cappuccino mit Schokoladehäubchen zu, nimm die Tasse und leg dich wieder ins Bett. Und dann verbringe die geschenkte Stunde mit einer der neuen Erzählungen von A. L. Ken-

nedu aus dem Band «Ein makelloser Mann».

Ich gestehe, es funktioniert. Noch nie bin ich so gerne aufgestanden und auf die eine Stunde kommt es nun wirklich nicht an. Das Schlimme ist, ich habe schon alle elf Erzählungen gelesen und zweimal vergessen, meine Tochter zu wecken.

Diese Geschichten der jungen schottischen Autorin sind sehr erotisch, frech, traurig, wahr, ganz nahe an dem, was ich als Leben empfinde. Sie erzählen von der tragischen, komischen Koexistenz der Geschlechter. Auf der Suche nach irgendeiner Art von Liebe, schlittern ihre Figuren durch ihr ungesichertes Leben, erzählen von Demütigungen, Einsamkeiten, Fallen, Wünschen und Ängsten, aber auch von Momenten des Glücks und von einem bedingungslosen Ja zum anderen, das einen die Luft ganz langsam einziehen lässt. Die Sprache und die unsentimentale, lakonische Art des Erzählens verwandeln den Allerweltsstoff in scharfe Häppchen, die einen zum Heulen und zum Lachen bringen.

Zum Schluss möchte ich allen Lesesüchtigen und politisch Denkenden ein spezielles Abonnement empfehlen. Über die «Erklärung von Bern» (www.evb.ch) kann man Mitglied des ANDEREN LITERATURCLUBS werden. Für einen Beitrag von hundert Franken bekommt man alle drei Monate ein gebundenes Buch in deutscher Sprache zugesandt, von Autoren und Autorinnen aus Asien, Afri-

ka oder Lateinamerika. Die Titel sind sorgfältig ausgewählt und dem Buch liegt jeweils die Zeitschrift «Literaturnachrichten» bei, welche Informationen über das literarische Schaffen des Südens bietet. Ein schönes Weihnachtsgeschenk, finde ich, eine literarische Überraschung alle drei Monate und die Tatsache, dass man die Bücher nicht selbst auswählt, finde ich speziell reiz-



voll. Also, nicht studieren – abonnieren, immer zu Beginn des Kalenderjahres. Ich wünsche ein fröhliches Fest-Lesen.



«Die Welt spinnt». Diese meist witzige Kolumne in der WoZ gibt es schon längere Zeit nicht mehr. Seit dem 11. September braucht es sie auch nicht mehr. Radio hören genügt.

Die Robusten schauen Fernsehen und die ganz Hartgesottene ziehen sich die Tagesschau rein. Masochisten bevorzugen CNN und wer sich über die politischen Katastrophen in Europa detaillierter informieren will, schaut arte Info.

Die Welt spinnt tatsächlich und es ist auch für sanfte Menschen schwierig geworden, nicht dem Zynismus zu verfallen. Nur Blocher gerät jetzt erst recht in Fahrt. Ihm, der es doch schon immer besser gewusst hat, platzt zurzeit fast der aufgestreckte Mahnfinger und man sorgt sich um seinen Blutdruck.

Nach dem 2. Dezember drängt sich die Frage auf, ob die Linken und Netten nicht am besten ein Timeout nehmen und die SVP mal ein paar Jahre alleine regieren sollte. Nach getaner Arbeit können die sich ja dann ins Réduit zurückziehen – Gott hard statt Tora Bora quasi.

Statt der Burka für die Frauen gibts Trachtzwang und statt Bart bei den Männern wird der Stumpfen obligatorisch. Steuern zahlen nur noch die Einkommen unter 90'000 Franken und Millionäre erhalten einen Fleissbonus nach Massgabe des jährlichen Vermögenszuwachses. Als staatliche Dienstleistung existiert noch der Polizei-, Militär- und Geheimdienst. Und das BLASU

– Bundesamt für Landwirtschaft und Subventionen, dessen Etat sich innert fünf Jahren verdoppelt hat. Neu eingeführt wurde deshalb der Zwangskonsum von luzernischem und zugerischem Schweinefleisch.

Denn mit der Abschaffung der Rinderzucht wurden die Subventionsbarone nicht nur die vielen Natura-Beef-Ketzerbauern, sondern auch «la vache folle» los. Abgelöst worden durch «la Suisse folle».

Nach fünf Jahren reiner Marktmiete verlangen die letzten verbliebenen Schweizer MieterInnen Asyl in Kosova und Rolf Schweizer gerät Ehrenmitglied der SVP, die nach der feindlichen, aber erfolgreichen Übernahme der FDP vorübergehend in Schweizerische Vermieter-Partei umgetauft worden ist.

Karl Betschart wird nach dem dritten erfolglosen Versuch zum Sprung in das Bundesparlament Leiter der eidgenössischen freiwilligen privaten Kontrollstelle für Geldwäscherei mit Hauptsitz in Zug und Administration in Bangkok. So kann auch die in MotoCrossair umgetaufte nationale Airline, welche von Transportfachmann Giezen-danner nach dem dritten Grounding für 1 Fr. übernommen worden ist, besser ausgelastet werden, nachdem die «fliegende Landstrasse» nicht so richtig in Fahrt kommen will...

...Schweissgebadet wacht der BULLETIN-Redaktor aus seinem Alptraum auf. Auf dem Nachttisch liegt das Newsweek und ein Ausriss aus

dem Bund vom 1. Dezember. «Tony Blair, Eidgenosse von der anderen Art» steht über einer Kolumne des ex-GSoA-Mitgliedes und SP-Nationalrates Andreas Gross. Blair ist der Grösste. Im Newsweek hats Blair aufs Titelblatt geschafft. Belohnt wird der englische Sozialdemokrat für das fleissige diplomatische Ausrollen des blutroten Teppichs für die Bush-Offensive des US-Imperialismus.



«Onward, Christian Soldier» (Vorwärts, Christlicher Soldat) titelt Newsweek. Der Missionar für Nato-Kriege wird in die Tradition des religiös verbrämten englischen Kolonialismus gestellt. So hat also Gross mit seiner Bezeichnung «Eidgenosse» sein Vorbild Blair sehr gut getroffen. Auch die alten Eidgenossen waren ja bigotte Kriegsgurgeln.

Der frühere Friedensbewegte Gross selber scheint für starke Kriegsherren eine besondere Schwäche zu haben. Vor zwei Jahren führte er auf

dem Höhepunkt des Zweiten Tschetschenienkriegs in Schweizer Medien einen Werbefeldzug für dessen Hauptverantwortlichen, Wladimir Putin, durch. Die GS-oA führte derweil Mahnwachen gegen den russischen Staatsterror in Tschetschenien durch, unter anderem auch auf dem Landsgemeindeplatz.

Auch Heinz Tännler ist ein Konvertit. Allerdings wechselte er die Seite ohne Gesinnungsänderung. Schon seit zwei Jahren ist sein Parteiwechsel Gegenstand von Gerüchten im Kantonsrat: Tännler werde von der FDP auf die SVP umsatteln, weil ihn dieser Gaul eher in den Regierungsrat trägt.

Innerhalb der FDP ist die Konkurrenz halt viel grösser als in der nicht gerade kopflastigen SVP. Dass Tännler ein eher nichtiges Ereignis zum Anlass nahm, seine Partei zu verlassen, liegt wohl an Joachim Eders Sprung in die Regierung. Damit sind die Chancen für Tännler, aussichtsreicher FDP-Kandidat zu werden, Richtung Null gerutscht.

Hans-Beat Uttingers Meinung zum neuen Parteikameraden ist derzeit in der SVP-internen Vernehmlassung.

Veranstaltungen



DO 3.01.2001 SGA-Monatsbar

ab 18:30 in der ZALT-Cafeteria Zug (vis-à-vis EPA), mit z'Nacht

MO 14.01.2001 FLIZ im Kino Gotthard Zug

20:00, «Jour de Nuit» von Dieter Fahrner/Bernhard Nick

DO 7.02.2001 SGA-Monatsbar

ab 18:30 in der ZALT-Cafeteria Zug (vis-à-vis EPA), mit z'Nacht

MO 18.02.2001 FLIZ im Kino Gotthard Zug

20:00, «Venus boyz» von Gabriel Baur

SO 3.03.2001 Nationale Abstimmung

DO 7.03.2001 SGA-Monatsbar

ab 18:30 in der ZALT-Cafeteria Zug (vis-à-vis EPA), mit z'Nacht

FR 15.03.2001 GV Verein DAS BULLETIN

19:30 bis 20:30, anschliessend Tanzabend

MI 20.03.2001 GV IG Velo

19:30 in der Stadtbibliothek Zug

Korrigenda

In der letzten regulären Nummer des BULLETINS (Nr. 2/2001) wurde der Verwaltungsrichter Felix Gysi irrtümlich als Vertreter der SGA im Verwaltungsgericht bezeichnet. Felix Gysi legt Wert darauf, dass er keiner Partei angehört und als Vertreter der Alternativen des Kantons Zug als Verwaltungsrichter amtiert.

Wir entschuldigen uns für das Versehen.

Die Redaktion



Erfolgreiche Standaktion der SGA

Trotz bissiger Kälte und schwachem Besucherandrang (Feiertag!) war die Verkaufsfaktion für palästinensisches Olivenöl am Zuger Samstagsmarkt ein voller Erfolg. Die Initiantinnen Madeleine und Brigit Landolt verkauften die 100 Flaschen innert zweieinhalb Stunden, die Kasse konnte fast 2'000 Franken gefüllt werden. Das Geld kommt – abzüglich der leider sehr hohen Transportkosten - vollumfänglich und direkt den Olivenbauern des PARC (Palestinian Agricultural Relief Committee) zugute. Insgesamt wurden an dem Aktionstag in der ganzen Schweiz 18'000 Flaschen à 19 Franken verkauft. Neben der direkten Hilfe an die palästinensischen Bäuerinnen und Bauern sollte auch über ein in den Medien fast totgeschwiegenes Thema informiert werden: die wirtschaftliche Erdrosselung der Bevölkerung im palästinensischen Rumpf"staat" durch die systematische Abriegelungspolitik der israelischen Regierung. Auch unsere Olivenöl-Aktion wäre um ein Haar an dieser Politik gescheitert.

Bulletin Intern



Auf Wieder(!) sehn!

Das Bulletin hat in der Gunst von Brigitte Weiss unerbittliche Konkurrenz bekommen in Form von Meret Namaï, einer mittlerweile fast vier Monate alten Tochter, an deren Entstehung unser zukünftiger Blattproduzent Stefan Gisler auch nicht unschuldig ist. Ein Beweis mehr für die Kreativität, die Bulletin-MacherInnen in sich tragen oder die sie sich beim Schreiben, Redigieren und Fotografieren so erarbeiten. Umso herber ist der Verlust, wenn sich also diese doppelt kreative Brigitte vom Bulletin verabschiedet. Wer sorgt denn nun für diese schräg-schönen Fotos? Wir wissen es noch nicht, Brigitte. Gott, falls es dich trotz der editorialem Verabschiedung noch gibt: Schenk uns einen Zeitsprung! (Gott schickt) Meret Namaï in die Krippe und Brigitte wieder an die Bulletin-Sitzungen, wo sie auch ihren Stefan trifft. Und alle sind glücklich!

Danke Brigitte, für die vielen Stunden und Fotorollen, die du in unsere Zeitschrift gesteckt hast!

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

Bulletin Nr. 4, Dezember 2001, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Elisabeth Höfliger

Produktion: Markus Müller
Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfärbtem Altpapier.

Auflage: 1250

Abonnements: Fr. 20.-;
KleinverdienerInnen Fr. 10.-,
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 1/2002: Freitag, 15. März 2002

Erscheinungsdatum: Donnerstag, 28. März 2002

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.sga-zug.ch/bulletin